

Beschlüsse

der Landesdelegiertenkonferenz
29./30. November 2003 in Leipzig



A 1:	Arbeitsprogramm 2003-2005 „Mit uns - Agenda 2030“	2
A 5:	Jugendwahlbündnis Europa.....	8
A 7:	Keine Zugangskriterien für Kinderbetreuung.....	9
A 8:	Zukunft der Arbeit.....	10
A 9:	Nachhaltige Innovationspolitik als Leitbild sächsischer Wirtschaftsförderung.....	14
A 10:	Solidarisches und finanzierbares Gesundheitssystem	18
A 11:	Abgaben senken, Steuern erhöhen - Gerechtigkeit schaffen	20
A 12:	Mehr Demokratie wagen – für Europa!	23
A 13:	Heute schon geGATSt?!.....	25
A 14:	Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen.....	25
A 15:	Absenken der Altersgrenze für Juso-Mitmacher/innen auf 12 Jahre.....	32
A 16:	Abschluss der LDK	32
A 25:	Aus Unkenntnis wächst Angst – Unser Europa.....	32
A 26:	Verständnis durch Verstehen!.....	32
A 27:	Dürgei gehörd nei!.....	32
I 1:	Beschlussprotokoll der LDK	33
I 2:	Entfristung des Plans zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei den Jusos Sachsen	33
I 4:	34

A 1: Arbeitsprogramm 2003-2005 „Mit uns - Agenda 2030“

Die nächsten beiden Jahre werden für den Juso- wie auch für den SPD-Landesverband sehr wichtige Jahre. Allein drei Wahlen im nächsten Jahr werden für die Zukunft der Partei in Sachsen wichtige Weichen stellen. Dabei ist die Landtagswahl im September 2004 besonders entscheidend: Wir müssen es schaffen aus dem 10 %-Tal zu kommen, sonst besteht die Gefahr, dass die Partei in die Bedeutungslosigkeit versinkt.

Um das zu verhindern, müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen. Auf uns Jusos kommt es an! In den kommenden zwei Jahren wird es aber auch darauf ankommen, die erfolgreichen Bemühungen der vergangenen Legislatur um den Aufbau des Juso-Verbandes in Sachsen fortzusetzen: Wir wollen die Politisierung in den Wahlkampfzeiten nutzen und die neuen Angebote des Juso-Landesverbandes, wie Neumitgliederseminare und Kommissions-Wochenenden, verstetigen. Wir wollen weiter an einem politischen Jugendverband bauen, der sich durch aktive Mitglieder, selbstbewusste Positionen und ein eigenes inhaltliches Profil, eine lebendige Verbandskultur und eine gerechtere Arbeits- und Machtverteilung zwischen den Geschlechtern auszeichnet.“

1. Inhaltliche Arbeit „Agenda 2030“

In den letzten Jahren haben wir Jusos verstärkt versucht, über jugendliche Anspracheformen und ‚Politainment‘ Jugendliche zu erreichen. Darüber kam manchmal die inhaltliche Arbeit zu kurz, oftmals aber war auch die Zahl der Aktiven zu gering. Die kontinuierlich steigenden Mitgliederzahlen, unser wachsender Einfluss in der Landespartei sowie die immer lauter werdende Frage nach jungen Ideen und alternativen Politikkonzepten erfordert die Schärfung unserer inhaltlichen Positionen und unseres inhaltlichen Profils.

In Zeiten der vermeintlichen „Politik ohne Alternativen“ ist es gerade an uns als „Regierungsjugend“ eine Vision für eine solidarische Gesellschaft zu entwerfen. Die inhaltliche Auseinandersetzung muss daher wieder in den Mittelpunkt der Arbeit der sächsischen Jusos rücken. Wir wollen gemeinsam mit SPD-Unterbezirken einen Zukunftskongress Anfang 2004 organisieren.

In den vergangenen Monaten haben wir eine für uns geeignete Arbeitsform gefunden: Mit den Arbeitskreisen Hochschule, Wirtschaft und Soziales, Schule, Drogenpolitik, Globalisierung, Europa und Kommunales konnten wir Foren fortsetzen und initiieren, in denen wieder hauptsächlich inhaltliche Arbeit stattfindet. In den kommenden zwei Jahren gilt es die Arbeitskreise weiterhin bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Der Vorstand wird dabei eine koordinierende Funktion wahrnehmen.

Im Mittelpunkt werden dabei auch in Zukunft die halbjährlichen Kommissionswochenenden stehen. Zukünftig sollen die gemeinsamen Teile, wie zum Beispiel Diskussionsrunden oder Expertenanhörungen, ausgebaut werden. Auch muss die Information über die Arbeit der Arbeitskreise gewährleistet werden. So muss es möglich sein zum Beispiel auf den Internetseiten erfahren zu können, welche Themen die Arbeitskreise gerade bearbeiten, um so in interessante Arbeitskreise wechseln bzw. einsteigen zu können.

Aber auch der Landesvorstand soll sich zukünftig stärker in Debatten einbringen - dies kann er durch eine Zusammenarbeit mit den ‚Experten‘ in den Arbeitskreisen oder aber mit denen von Partei und Fraktion erreichen. So könnten die Quartalsitzungen des Landesvorstandes jeweils einem aktuellen Thema gewidmet sein. An diesem Tag könnte man dann mit Referenten aktuelle Initiativen und Debatten diskutieren und eigene Erklärungen abgeben bzw. Aktionen planen.

2. Information und innerverbandliche Kommunikation

Ein Problem des Landesverbandes ist immer noch, dass die Kommunikation zwischen Landesvorstand und den Mitgliedern in den Unterbezirken nicht ausreichend gewährleistet ist. So erreichen Initiativen und Angebote erst mit Verspätung oder gar nicht ihre Adressaten.

Die Sitzungen des Landesausschusses und einiger Unterbezirke sind zu selten, um dies sicherstellen zu können. Eine Ergänzung ist eine regionale Verantwortlichkeit der Landesvorstandsmitglieder. So können alle Unterbezirke zu ihren Sitzungen über aktuelle Projekte des Landesverbandes informiert werden und haben einen AnsprechpartnerIn bei Problemen und Anfragen. Auch soll das Mittel der Vorstandssitzungen in „ländlichen UBs“ wieder aufgegriffen werden. Der Informationsaustausch ist für beide Seiten eine Bereicherung und sinnvoll um Projekte zu planen, die allen Unterbezirken nützlich sind. „Mindestens einmal im Jahr stattfindende“ Treffen des LaVo mit den UB-Vorsitzenden und AK-Leitern können darüber hinaus der gezielten Vorbereitung von Kampagnen und Kongressen dienen.

Newsletter

Das Kernstück der Juso-internen Kommunikation soll aber ein regelmäßig erscheinender Newsletter werden. Dieser soll sowohl per Mail als auch teilweise per Post allen sächsischen Jusos zugehen. Er enthält aktuelle Termine und Einladungen, den Rückblick auf die Arbeit des Landesverbandes im vergangenen Monat, sowie je nach Möglichkeit einen Pressespiegel, die best-practise-Rubrik und (externe) Weiterbildungsangebote. Daneben können die Arbeitskreise hier Stellungnahmen oder Positionspapiere veröffentlichen. Der Landesvorstand kann die Ergebnisse von Anträgen oder den Stand der aktuellen Projekte kommunizieren und auch die Unterbezirke könnten ihre Rubrik finden.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass unser Newsletter regelmäßig erscheint, ein fester Redaktionsschluss könnte den erforderlichen Druck ausüben, denn es liegt vor allem an den Vorstandsmitgliedern, Arbeitskreisleiter(Inne)n und Unterbezirksvorsitzenden, ob ein Newsletter zu einem Medium wird, dass von allen Jusos jeweils sehnsüchtig erwartet wird und auch für Interessierte einen Einblick in die Arbeit der Jusos verschaffen kann, der zur Mitarbeit motiviert.

Internet

Die Nutzung des Internetauftritts der sächsischen Jusos unter <http://www.jusos-sachsen.de> als aktuelle, informative und vor allem interaktive Kommunikationsplattform muss weiter ausgebaut werden.

Dabei haben die Internetseiten in den vergangenen zwei Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Vor allem das Design, die Bedienerfreundlichkeit und das Informationsangebot wurden deutlich ausgebaut. Daneben wurden erste interaktive Angebote - wie die Umfragen, der Terminkalender und Ideenpool im Mitgliederbereich eingerichtet, die jedoch noch kommuniziert und breiter genutzt werden müssen. Eine Notwendigkeit ist, dass alle Arbeitskreise und Vorstandsmitglieder wenigstens mit Kurzvorstellung und Kontakt im Netz vertreten sind.

In Zukunft sollen neben Terminen auch Protokolle, Informationsmaterial und Aktionsberichte aus den Unterbezirken auf den Internetseiten zu finden sein. Die Position der sächsischen Jusos muss durch ein umfangreicheres Angebot von Inhalten, wie zum Beispiel beschlossene Anträge oder Arbeitskreispapiere untermauert werden, die auch als Download angeboten werden. Ein erster Schritt hierzu ist das Einpflegen der Anträge und Beschlüsse der diesjährigen LDK innerhalb der nächsten 14 Tage, also bis zum 14.12.2003. Die Anträge für die nächste LDK müssen ebenfalls 14 Tage vor dem entsprechenden Termin auf der Internetseite zu finden sein. Bei allen Aktionen und Veranstaltungen muss nach Möglichkeit digitales Material erstellt und verwendet werden, welches danach online zur Verfügung gestellt wird und hierdurch Transparenz schafft und eine Kommunikation auch in die Flächenunterbezirke sicher stellt.

Dies macht ein aktives Mitwirken aller Unterbezirke, und Arbeitskreise notwendig und wird technisch durch ein weiter auszubauendes Content-Management-System realisiert, welches allen Unterbezirksvorsitzenden und Arbeitskreissprechern eigenverantwortlich und selbstständig die Bereitstellung individueller Informationen ermöglicht. Der bereits existierende, durch Passwort geschützte Mitgliederbereich gestattet dabei auch einen verbandsinternen Informationsaustausch, der nicht öffentlich zugänglich sein soll.

Perspektivisch soll diese Plattform zu einem Mitgliedernetz ausgeweitet werden. Ein solches könnte – natürlich passwortgeschützt – die wichtigsten Ansprechpartner/innen enthalten, aber auch den Arbeitskreisen Platz für ihre Thesepapiere, Protokolle und Einladungen bieten. So könnten sich Neumitglieder in die Arbeit der Arbeitskreise einlesen, was den Einstieg erheblich erleichtern würde.

Diese Kommunikationsoffensive wollen wir begleiten, indem wir Einführungen anbieten und Qualifizierungsangebote vermitteln, damit jedeR befähigt wird diese Angebote zu nutzen. Damit niemand durch technische Hürden von der Kommunikation ausgeschlossen ist, werden wir weiterhin Informationen auch per Postweg anbieten.

Ungeachtet der Möglichkeiten das Internet stärker für die politische Arbeit zu nutzen, wird der direkte Austausch auf UB-, AG- und AK-Treffen die tragende Säule der innerverbandlichen Kommunikation bleiben.

3. Neumitgliederwerbung und -betreuung

Mit der Bereitstellung von Öffentlichkeitsmaterialien, Juso-Merchandising-Artikeln, der Organisation von Neumitgliederseminaren und den vielseitigen Möglichkeiten zur inhaltlichen Mitarbeit in den Landesarbeitskreisen wurden gute Voraussetzungen für eine aktive Neumitgliederwerbung und -betreuung geschaffen.

Wer Juso wird, will umfassend informiert werden. Gerade Neumitglieder verlangen nach umfangreicher Informationen über aktuelle politische und organisatorische Angelegenheiten im Landesverband und vor Ort. Dabei muss sichergestellt werden, dass im ersten Jahr nach dem Beitritt den neuen Jusos eine besondere Betreuung widerfährt, unter anderem müssen alle Einladungen zu Veranstaltungen und wichtige Informationen die Neumitglieder erreichen.

Durch die jährlich mehrmalig durchgeführte zentrale und landesweite Erfassung der Neumitglieder über die MAVIS ist gesichert, dass jede/r neue Juso vom Landesverband relativ zeitnah nach dem Eintritt wahrgenommen und per Post über dessen Aktivitäten informiert wird. Damit ist es auch möglich Neumitglieder bei Angabe einer E-Mail-Adresse in den sachsenweiten E-Mail-Verteiler aufzunehmen, um einen dauerhaft aktuellen Informationsfluss zu gewährleisten, der von einigen Unterbezirken nicht erbracht werden kann.

Wer Juso wird, will Politik mitgestalten. Trotz der unverändert mangelhaften finanziellen Ausstattung des Juso-Landesverbandes werden auch weiterhin jährlich zwei Neumitgliederseminare und zwei Seminarwochenenden für die inhaltliche Arbeit der Landesarbeitskreise angeboten.

Darüber hinaus ist die Einbindung der Juso-Neumitglieder vor Ort bei Aktionen, Treffen und Veranstaltungen unerlässlich und die entscheidende Chance, das Engagement neuer Mitglieder im Unterbezirk und Landesverband zu verstetigen. Auch müssen sie bei Wahlen für Funktionen und Delegationen in den Unterbezirken angemessen berücksichtigt und gefordert werden, um kreativen neuen Köpfen nicht mit falschem Besitzstandsdenken die Motivation zu nehmen.

4. Aktions- und Politikfelder

Schüler(innen)arbeit

Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen sind Teil der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Nicht zuletzt die PISA-Ergebnisse haben gezeigt, dass wir in der Schulpolitik nicht nur ein Qualitäts-, sondern auch ein Gerechtigkeitsdefizit haben. Die Schülerinnen und Schüler bemerken, dass sie Gegenstand einer breiter werdenden Diskussion sind. Sie realisieren Missstände, merken aber auch, dass meist *über sie* und wenig *mit ihnen* geredet wird.

Mit dem schulpolitischen Antrag auf der Landesdelegiertenkonferenz in Plauen haben die Jusos sich für eine umfassende Reform des Schulsystems ausgesprochen.

Unsere programmatischen Ideen finden wir heute im Schulkonzept der SPD-Landtagsfraktion wieder, das damit eine klare Juso-Handschrift trägt. Daran anknüpfend

unterstützen wir Jusos die Schulkampagne der SPD-Landtagsfraktion und wirken mit dem Arbeitskreis Schule aktiv an der Weiterentwicklung und Umsetzung mit. Anschließend an die SPD-Bildungskonferenz soll ein Schüler(innen)kongress stattfinden, um die Schüler/innen in die nun auch innerhalb der SPD / Jusos stattfindenden Diskussionen einzubeziehen. Dabei sollen nicht nur Schüler(innen)vertretungen, sondern auch die Schüler/innen direkt angesprochen werden.

Hochschulkampagne

Die Bedeutung von Wissen(schaft) und Forschung, sowie hochqualifizierten Absolventen für den Standort Sachsen wird von der CDU-Staatsregierung seit Jahren vernachlässigt. Trotz kontinuierlich gestiegener Anfängerzahlen, der wachsenden Bedeutung des Wissenssektors und zunehmender Konkurrenz um die junge Generation zwischen den Bundesländern, wird im Hochschulbereich (netto) gekürzt.

Das können und wollen wir Jusos nicht akzeptieren und auch diesen Bereich der Bildung zum Thema der nächsten Landtagswahl machen. Zusammen mit den Juso-Hochschulgruppen wollen wir vor Ort auf die Missstände – so zum Beispiel bei der Finanzierung der Studentenwerke – hinweisen. Ziel muss es dabei sein unsere inhaltlichen Positionen in die Hochschulen hineinzutragen und zunehmend auch in universitären Gremien Verantwortung zu übernehmen.

Mit der Fortsetzung der Kampagne „Hochschule der Zukunft“, einer Infotour an den Hochschulen und einem Kongress mit den Fachschaftsaktiven, Studenten´-Räten und Partnern zu Beginn des Sommersemesters wollen öffentlich in Erscheinung treten. Ziel ist es dabei auch neue Mitstreiter zu finden und das Thema für die SPD zu besetzen, um bei den kommenden Wahlen unter den Studierenden die meisten Stimmen zu gewinnen.

Förderung junger Frauen

Die Förderung und Qualifizierung von Frauen in unserem Verband ist nicht nur eine Anforderung der Chancengerechtigkeit, sondern auch eine notwendige Voraussetzung, um in den nächsten Jahren die Politik (der SPD) in Sachsen aktiv mitbestimmen zu können. Das überkommene Rollenbild und die offenen und verdeckten Benachteiligung von Frauen durch die Politik der sächsischen Staatsregierung wollen wir so offensiv wie möglich thematisieren. Aber auch an der Realität in unserem Verband soll sich zeigen, dass uns die Gleichstellung der Geschlechter eine Herzensangelegenheit ist. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und der SPD zeigen, dass Politik nicht nur Männersache ist. Wir streben einen bedeutend höheren Anteil von Frauen an den Aktiven und in den Funktionen der Jusos Sachsen an. Deshalb werden wir bei allen Entscheidungen den Einfluss auf das Geschlechterverhältnis mit bedenken

Aber auch innerhalb der SPD wird allein die Quote nicht den erwünschten Erfolg bringen. Innerverbandlich werden wir deshalb den Unterbezirken ein Gender-Training anbieten, sowie den Frauen im Verband ein Angebot unterbreiten sich untereinander zu vernetzen und die derzeitige Politik unter gender-Aspekten zu durchleuchten.

Der Landesvorstand hält daran fest, durch ein Mentoring-Programm aktive Frauenförderung bei den Jusos Sachsen zu betreiben. Zielgruppe sind engagierte junge Frauen, die ein Amt bei den Jusos anstreben oder bereits innehaben, aber auch andere ambitionierte Frauen. Durch dieses Projekt soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, von bereits erfahrenen und erfolgreichen Frauen Unterstützung einzuholen.

Mentoring bedeutet, dass sich je eine junge Frau (Mentée) und eine erfahrene Begleitperson (Mentorin) zusammenfinden. Ziel ist ein dauerhafter Kontakt. Der Mentorin fällt dabei die Aufgabe zu, ihrer Mentée bei schwierigen Entscheidungen und in kritischen Situationen zur Seite zu stehen, Erfahrungen weiterzugeben und die eigene politische Arbeit der Mentée zu reflektieren.

Die Aufgabe des Landesvorstandes muss es sein, für dieses Projekt Werbung zu machen, die Mentorinnen auf ihre Aufgaben vorzubereiten und interessierte Mentorinnen und Mentée im Rahmen eines Seminars zusammenzubringen. Das Projekt hat eine Dauer von einem Jahr

und wird mit einem Seminar zur Auswertung und Evaluation abgeschlossen. Die Betreuung der Mentorinnen und Mentée ist auch während des Projektes unverzichtbar. Diese Projekte sollen nicht nur in der Verantwortung eines Geschlechtes liegen, sondern wir wollen, dass Männer und Frauen die Projekte gemeinsam realisieren und anleiten. Frauenförderung ist nicht Aufgabe der Frauen, sondern von allen.

Linke Tour

Um junge Menschen mit politischen Inhalten zu erreichen und für politische Konzepte zu gewinnen, ist es notwendig, sich an ihrer Lebenswirklichkeit zu orientieren. So wie in der „großen“ Politik Inhalte auf Konferenzen, Tagungen, Seminaren oder Pressekonferenzen diskutiert und verbreitet werden, wollen die Jusos mit dem Projekt „Auf die Linke Tour“ politische Inhalte mit einem kulturellen Angebot knüpfen.

Wir Jusos wollen rein in die Jugendkultur. Mit unserer „Auf die linke Tour“ wollen wir in Jugendklubs und -zentren. Jugendpolitik gehört dorthin, wo Jugendliche sind. Mit unserer Tour werden wir Jugendkultur und Jugendpolitik verbinden, uns Jusos als attraktiven Jugendverband vorstellen und die SPD in das linke Bewusstsein der Jugendlichen holen. Dabei geht es sowohl darum mit Jugendlichen direkt ins Gespräch zu kommen als auch Kontakte zu Jugendeinrichtungen aufzubauen und sie als Partner und Multiplikatoren für die Zukunft zu gewinnen.

Dazu bieten wir den Jugendeinrichtungen unser Juso-Polit-Event-Paket mit Diskussionsrunden, Workshops, Foren, Ausstellungen, Filmnacht, Bands und Party.

Die Tour wurde 2003 gestartet und soll 2004 unser Beitrag im Wahlkampf werden.

5. Wahlen 2004

Vor uns steht ein Superwahljahr, das mit drei Wahlen große Herausforderungen an uns stellt. Wir müssen dafür in allen Bereichen vorbereitet sein.

Für die Kommunal- und Landtagswahl gilt dabei, dass wir alle jungen bzw. Juso-Kandidat(inn)en nach besten Kräften unterstützen müssen. In einigen Kommunen bestehen gute Chancen, dass Jusos in die Räte einziehen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die durch die Wahlkämpfe auf die Jusos fällt, müssen wir für eine massive Mitgliederwerbekampagne nutzen. Eine bessere Gelegenheit wird sich dafür kaum bieten, zumal sich im Wahlkampf Gestaltungsräume für Neue eröffnen, die auch längerfristig bei uns bleiben sollen.

Wir streben im Europawahlkampf eine Kooperation mit den osteuropäischen Nachbarn an, die zum ersten Mal bei der Wahl dabei sind. Dabei stehen vor allem Juso-Partner im Vordergrund. In Frage kommen dafür grenzübergreifende Aktionen oder Besuche in Polen und Tschechien. Hierzu wollen wir auch auf die Erfahrung und Projekte der ECOSY zurückgreifen, die mit ihrem Young Election Project die Europawahlkampf vor allem im osteuropäischen Raum stützt. Das wäre ein deutliches Signal dafür, dass wir die Erweiterung der Europäischen Union begrüßen.

Wir müssen in allen Wahlkämpfen versuchen, uns vom möglichen negativen Bundestrend abzukoppeln. Kritik an der Bundesregierung muss möglich sein, ohne dass dies gleich als „parteischädigendes Verhalten“ ausgelegt wird. Es ist unsere Aufgabe, den Kanzler kritisch zu begleiten, auch wenn das nicht immer auf Zustimmung stößt.

Im Kommunalwahlkampf heißt das vor allem den Personenwahlkampf zu führen. Auf kommunaler Ebene hat die Partei für die Wahlentscheidung nicht die entscheidende Rolle, die sie etwa im Landtagswahlkampf spielt. Diesen Aspekt müssen wir betonen.

Inhaltlich muss deutlich werden, dass die CDU-Landesregierung unser Gegner ist. Die Arroganz der Macht und die Willkür, mit der sie agiert, müssen deutlich herausgestellt werden. Wir müssen mit provokanten und polarisierenden Materialien versuchen, eine hohe Wahlbeteiligung bei jungen Wähler(inne)n zu erreichen.

Für die Landtagswahl muss es unser Ziel sein, einen Generationenwechsel einzuleiten. Die SPD-Landtagsfraktion ist im Altersdurchschnitt die älteste Fraktion aller Parteien in den neuen Bundesländern. Das muss sich ändern. Effektivere Oppositionsarbeit ist nur möglich, wenn alle Altersgruppen in einer Fraktion vertreten sind.

6. Qualifizierung und Erfahrungsaustausch:

Unsere Mitgliederbasis wächst stetig und wird dabei erfreulicherweise jünger. Deshalb möchten und müssen wir besonders den Neuen bei den Jusos Sachsen neben Informations- und Einführungsangeboten Möglichkeiten bieten sich zu qualifizieren und sich darüber hinaus mit erfahrenen Jusos auszutauschen.

Hierzu wollen wir die Kontakte zu unseren regionalen Partnern, anderen Landesverbänden und in den Juso-Bundesverband, aber auch zu den Trägern der politischen Bildung nutzen, um auf unsere Mitglieder abgestimmte Angebote zu unterbreiten.

Mit Hilfe unserer regionalen Partner werden wir an Verantwortliche in Unterbezirken und Arbeitskreisen Angebote zur Aneignung von Medienkompetenz, Moderationsfähigkeiten und Sitzungsleitung unterbreiten und gleichzeitig die personelle Vernetzung vorantreiben. Ein Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitskreisleitern und Treffen des LaVos mit den Unterbezirkvorsitzenden sollen dies ergänzen.

Unsere KandidatInnen zur Kommunalwahl werden an zwei Wochenenden vor und nach der Kommunalwahl eine Plattform bieten sich inhaltlich abzustimmen, Wahlkampfkonzepte auszutauschen und über den Wahltag hinaus ihre Erfahrungen und Juso-Positionen in die landesweite Arbeit einzubringen.

Interessierten in den Unterbezirken möchten wir ermöglichen an den Umbauwochenenden des Juso-Bundesverbandes und der Bundeskommission Internationales teilzunehmen. Darüber hinaus werden wir uns bemühen einen besseren Informationsaustausch zu Angeboten der Bundesebene und über den Ostgipfel herzustellen.

In einer sich ausgestaltenden, globalisierten Welt und angesichts einflussreicher werdender supranationaler Institutionen, wird es zudem notwendig über den nationalen Tellerrand zu blicken. Wir Jusos Sachsen wollen deshalb den Austausch mit Jugendverbänden der sozialistischen Internationale suchen und werden im nächsten Jahr einen Jugendaustausch mit der Sinistra giovanile in Italien durchführen.

In den kommenden 2 Jahren stehen uns Jusos Sachsen auf allen Ebenen große und entscheidende Herausforderungen bevor. Organisatorisch wird uns das Superwahljahr 2004 einiges abfordern, aber auch der bei uns einsetzende „dritte Generationswechsel“ und vor allem das Ziel als Verband landesweit zu agieren, verlangt gemeinsame Anstrengungen und vorausblickende Arbeit.

An uns Jusos in der SPD wird es sein die Zukunftschancen für die junge Generation einzufordern und unsere Kompetenz im Bildungs- und Jugendhilfebereich nach außen zu tragen. Nicht zuletzt gilt es die Reformen zum Ab- und Umbau des Sozialstaates kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können benötigen wir mehr als einen motivierten und engagierten Vorstand. Wir benötigen eine Basis, die die viele Projekte aufgreift und umsetzt, eigene Ideen einbringt und Verantwortung übernimmt. Jusos Sachsen – das sind wir alle!

A 5: Jugendwahlbündnis Europa

Im Jahr 2004 wird ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte aufgeschlagen: Mit dem Beitritt von Ländern wie Polen, Tschechien, Estland oder Litauen zur Europäischen Union ist die politische Einheit des Kontinents weit vorangeschritten. Es kommt darauf an, auch die Barrieren in den Köpfen zu beseitigen. Die verantwortungsvolle Aufgabe der jungen Generation besteht darin, durch kulturellen Austausch und Verständigung über gemeinsame Wurzeln das Verständnis füreinander zu fördern.

Die sächsischen Jusos werden im Bewusstsein, dass auch dem Freistaat Sachsen mit der Osterweiterung bedeutende Chancen erwachsen, hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen. Am 13. Juni 2004 sind knapp 300 Mio. Bürger, darunter über 15 Mio. Erstwähler, in 25 Staaten der Europäischen Union aufgerufen ein neues Parlament zu wählen. Bei der Europawahl 1999 lag die Wahlbeteiligung im Schnitt bei 41,7 %, bei den Erstwählern sogar nur bei 34,1 %¹. Dies darf kein Maßstab sein.

Der Landesvorstand der sächsischen Jusos initiiert deshalb eine Kampagne die JungwählerInnen an die Wahlurnen ruft - zum Beispiel unter dem Motto „Jugend Wählt Europa - Jugend Wählt Zukunft“. Ziel ist, zusammen mit anderen Jugendorganisationen den Jung- und Erstwählern zu verdeutlichen, wie wichtig ihre Teilnahme an der Europawahl, ihre Mitentscheidung über die Zukunft Europas ist und gleichzeitig eine Positionierung der Jusos zu transportieren.

Der Landesvorstand der sächsischen Jusos wird gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen der demokratischen Parteien einen Wahlauf Ruf an die jungen Menschen in Sachsen richten mit den Grundforderungen, 1. wählen zu gehen und 2. sich dabei für die europäische Perspektive zu entscheiden. Auch unsere tschechischen und polnischen Schwesterorganisationen können dabei einbezogen werden. Als weitere Angebote können Podiumsdiskussionen, Foren, Workshops, Projektstage genutzt werden.

Unterschiedliche Standpunkte der Parteien *dürfen* dabei nicht verdrängt, sondern *müssen* in aller Offenheit den Jung- und Erstwählern vorgestellt werden.

Der gerade unter jungen Menschen verbreiteten Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, sie für die Mitgestaltung ihres mittelbaren und unmittelbaren Lebensumfeldes zu gewinnen und ihnen die Werte der Demokratie nahe zubringen ist eine Aufgabe, der wir uns als Jusos besonders verpflichtet fühlen.

¹ Bei den 18 bis 21jährigen; 29,1 % bei den 21 bis 25jährigen.

A 7: Keine Zugangskriterien für Kinderbetreuung

Wir sächsischen Jusos wenden uns konsequent gegen Zugangskriterien für die Kinderbetreuung. Wir sächsischen Jusos sind deshalb aufgefordert, zusammen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten in Bundestag, Landtag, Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern Zugangsbeschränkungen jeglicher Art für Kindertageseinrichtungen zu verhindern und für eine ausreichende Finanzierung durch den Freistaat Sachsen zu kämpfen.“

In Zeiten knapper Kassen muss gespart werden. Dies darf aber nicht zu Lasten der Kinder gehen. Kinder sind unsere Zukunft und wir müssen deren Bildungschancen gewährleisten können.

Laut SächsKitaG sind Kindertageseinrichtungen sozialpädagogische Einrichtungen, die die Erziehung der Kinder, die grundsätzlich durch die Eltern erfolgen soll, ergänzen und unterstützen kann. Kindertageseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Horte) dürfen daher nicht als bloßer Abgabe- und Aufbewahrungsort verstanden werden. Sie sind vielmehr der erste Schritt der jungen Generation ins Bildungssystem. Auf diese Weise können die Kinder spielend grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten ausbilden und ein besseres Verständnis ihrer Umwelt gewinnen.

Daher muss allen Kindern, unabhängig von Alter und beruflicher beziehungsweise sozialer Situation der Eltern, ein Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz zur Verfügung gestellt werden. Zugangskriterien für Krippenplätze würden nur zu einer Isolierung der Ein- bis Dreijährigen gegenüber anderen führen. Das Argument einer doppelten Finanzierung (d.h. das die Kommune für Sozialhilfe und Betreuungsplatz aufkommt) gilt nicht, gerade weil es sich nicht um bloße Abgabe- und Aufbewahrungsorte handelt.

Es muss ferner gewährleistet sein, dass die Betreuungszeit in Kindergärten von neun Stunden beibehalten wird. Das ist die Voraussetzung dafür, dass jedem Kind eine ganztägige pädagogische Betreuung ermöglicht wird.

Ebenso sollen die Schulhorte allen Erst- bis Viertklässlern offen stehen. Denn der Hort bietet neben einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung auch schulische Unterstützung, wie zum Beispiel die Hausaufgabenbetreuung. Es ist wichtig, dass nicht nur die Kinder erwerbstätiger Mütter und Väter dieser Art von Betreuung in Anspruch nehmen dürfen.

Wir müssen verhindern, dass bereits im Kindesalter eine soziale Selektion erfolgt.

A 8: Zukunft der Arbeit

Wir fordern die SPD in Sachsen und im Bund auf, eine aktive Diskussion über die Zukunft der Arbeit zu führen. Wir halten unter den Bedingungen der Marktwirtschaft das auch von der Rot-Grünen Bundesregierung häufig propagierte und niemals eingelöste Ziel der Vollbeschäftigung in der hier beschriebenen Form für nicht erreichbar.

Auch in dem heute noch als `Normalarbeitsverhältnis` bezeichneten Vollzeitarbeitsplatz, sehen wir angesichts fortschreitender Automatisierung und Digitalisierung, sowie zunehmender Konzentration auf Wissens- und Informationsindustrien kein Zukunftsmodell. Angesichts dieser Veränderungen und der durch den demographischen Wandel und die steigende Arbeitslosigkeit sich verschärfenden Probleme der Sozialversicherungen, halten wir einen Kurswechsel in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik für dringend geboten.

Wir fordern deshalb eine ernsthafte Diskussion über die Zukunft der Erwerbsarbeit sowie alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung für den Einzelnen in der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei erachten wir es für besonders wichtig Möglichkeiten der Arbeitsumverteilung sowie Modelle des Bürgergeldes und der Bürgerversicherung einzubeziehen.

Folgende Ausführungen sind unsere Position zur Zukunft der Arbeit:

Das *veraltete* Arbeitsbild:

Im Wahlprogramm der SPD von 2002, wie in weiten Teilen der gesellschaftlichen Diskussion, dominiert das Bild vom Vollzeitarbeitsverhältnis. Dieses wird als ganztätige Erwerbsarbeit definiert. Im Mittelpunkt steht der alleinverdienende Mann, der seine Familie ernährt. Als Arbeit gesellschaftlich anerkannt wird körperliche Erwerbstätigkeit, zunehmend geistige Tätigkeiten, jedoch kaum soziale Arbeit. Der Wert der Arbeit drückt sich danach in der Höhe des Einkommens aus.

Die Wirtschaftspolitik wird dabei am Ideal der Vollbeschäftigung gemessen. Aber es gilt festzuhalten, dass es in Deutschland, aber auch in allen anderen Volkswirtschaften nie produktive Vollbeschäftigung gegeben hat. So war Vollbeschäftigung in Deutschland nur nach dem Krieg durch den erforderlichen Wiederaufbau oder in der DDR durch Beschäftigung über Bedarf gegeben. Auch Wirtschaftswissenschaftler halten dieses Ziel gerade in Zeiten steigender Automatisierung des Produktionsprozesses für unmöglich. Ohnehin definieren sie Vollbeschäftigung als Arbeitslosenquote unter 3 bis 5 Prozent.

Eine Vollbeschäftigung wie sie von den Parteien propagiert wird ist demnach nicht möglich. Die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat ihre Ursachen nicht allein in konjunkturellen Schwankungen und Strukturwandel. Vielmehr ist sie Ausdruck der Verwerfungen und Grenzen des bestehenden Wirtschaftssystems und des vorherrschenden Arbeitsverständnisses.

Auf die veränderten Bedingungen bietet eine an diesem Arbeitsbild und dem Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtete Politik jedoch keine Antworten. Qualität und Qualifikation sind heute die gefragten Anforderungen im Arbeitsleben. Quantitative Arbeitsleistung wird hierdurch zunehmend verdrängt oder durch Automatisierung und Informatisierung ersetzt.

So weisen heutige Erwerbsbiographien mehrere Wechsel und Veränderungen auf und zeigen, dass Leitbilder wie „Normalarbeitsverhältnis“ oder die einer Erwerbsbiographie, welche mit der Ausbildung in einem Beruf beginnt und der Anstellung in einigen wenigen Unternehmen der selben Branche „endet“, überholt sind.

Der Erwerbsarbeiter von heute muss flexibler und mobiler sein und sich auf veränderte Arbeitszeiten einstellen. Dies eröffnet dem Einzelnen auch mehr Chancen, seine individuellen Vorstellungen zu verwirklichen, birgt jedoch gleichzeitig größere Risiken bei der „Lebensplanung“. Die Zugangschancen für breite Schichten zu erhalten, aber den Einzelnen auch gegen unverschuldete Lebensrisiken zu sichern, ist und bleibt – abseits des von Unternehmen und Gewerkschaften ausgehandelten Ausgleiches zwischen Arbeit und Kapital - vorrangige Aufgabe des Staates. Diese Aufgabe unter den geänderten Bedingungen zu erfüllen, ist nur dann möglich, wenn sich ein anderes Arbeitsbild und -verständnis durchsetzt.

Unser Arbeitsbild:

Arbeit ist mehr als eine Tätigkeit, um den Unterhalt für sich und seine Familie zu sichern. Sie ist notwendig für die Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung des Menschen und dient der Integration.

1. Annerkennung sozialer Arbeit:

Soziale Tätigkeiten wie Kindererziehung, familiäre Pflege und Ehrenämter müssen als gleichwertige Arbeit anerkannt und wenigstens teilweise vergütet werden. Die Kindererziehung ist eine der bedeutendsten gesellschaftlichen Leistungen. Der Wunsch Kinder zu haben darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Teil aktiver Familienpolitik muss es sein, beiden Elternteilen die Erziehung zu ermöglichen. Ziel der Wirtschaftspolitik sollte es außerdem sein, beiden Elternteilen Berufs- und Karrierechancen zu eröffnen. Es ist volkswirtschaftlicher Irrsinn, dauerhaft auf die Qualifikation und die Produktivität gerade junger Mütter zu verzichten, nur weil ausreichende Betreuungsangebote fehlen oder das Steuersystem den Allein-Verdiener-Haushalt begünstigt. Es ist gesellschaftlicher Irrsinn, weiterhin ganzen Generationen von Kindern ihre Väter als Erziehungspersonen und lebendige Vorbilder zu entziehen.“

Eine funktionierende/solidarische Gesellschaft lebt von aktiver Betätigung aller Bürger. Arbeitsformen - wie das Ehrenamt -, die gesellschaftliches Engagement stützen, sind zu fördern. Dies kann sich in Vergünstigungen – wie dem Ehrenamtspass – oder ideeller Förderung wie kostenlosen Weiterbildungsangeboten bzw. symbolischer Anerkennung wie Preisen und Ehrungen niederschlagen. Es scheint in Zukunft jedoch notwendig, in Kernbereichen der staatlichen Wohlfahrtspflege gesellschaftliches Engagement auch mittels geldwerter Vorteile oder direkter Förderung zu unterstützen. Wir fordern daher vor allem den Ausbau der Freiwilligendienste (freiwilliges soziales, ökologisches, politisches und künstlerisches Jahr) nicht nur für Jüngere voranzutreiben.

2. Sicherung des freien Zugangs zu Bildung und Information:

Erwerbsarbeit besteht zunehmend in Aneignung und Einsatz von Fähigkeiten und Wissen und ist immer weniger physische Arbeit. Innovation als entscheidender Wettbewerbsfaktor wird dabei zur stetigen Aufgabe und Herausforderung. Das neue Arbeitsbild erfordert also stetige Weiterbildung und Forschung. Vor diesem Hintergrund sind der freie Zugang zu Bildung und Information sowie die Förderung von Forschung und Wissenschaft entscheidende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Volkswirtschaft.

3. Umverteilung von bezahlter Arbeit:

Auch in einer solidarischen Gesellschaft bleibt bezahlte Arbeit ein knappes Gut. Auf der einen Seite stehen dabei Hunderttausende, die nicht arbeiten dürfen, und auf der anderen Seite gibt es ebenso viele, die viel mehr arbeiten als sie es wollen. Ein Ausgleich zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden ist deshalb dringend notwendig.

Die in einer Gesellschaft zu leistende Arbeit sollte daher möglichst gerecht auf alle verteilt werden. Denn sie sichert nicht nur die Existenz, sondern ist für jeden von ganz individueller Bedeutung. Ihre Vergütung muss eine angemessene Lebensqualität sicherstellen. Dazu gehören die Möglichkeiten zur Partizipation an Bildung und Kultur, oder die Befriedigung weiterer individueller Bedürfnisse wie z.B. Freizeit und Urlaub. Des Weiteren muss auch eine Vermögensbildung sichergestellt sein, welche z.B. der zusätzlichen Absicherung möglicher Alters- und Lebensrisiken dient.

Makroökonomisch schafft Umverteilung von Arbeit Mehrwert, da mehr Güter und Dienstleistungen vielfältiger Art nachgefragt und dadurch bereitgestellt werden und dabei der Wohlstand aller gemehrt wird.

Entgegen dem vorherrschenden Glauben, ist der Staat in der Lage, Arbeit umzuverteilen, ohne direkt in den Markt einzugreifen. Hierzu muss ein aktiver Staat langfristig die Rahmenbedingungen für das skizzierte Arbeitsbild schaffen.

Folgende Mittel zur gerechten Beteiligung an bezahlter Arbeit sehen wir deshalb als geeignet an:

Stärkung des progressiven Steuersystems:

Das deutsche Steuersystem kennt Spitzensteuersätze und Eingangssteuersätze. Beide haben negative Auswirkungen auf den Zugang zur Arbeit und die solidarische Verteilung des Mehrproduktes.

Wer mehr verdient, insbesondere durch Überstunden oder mehrere Jobs, muss mit höheren Abgabenanteilen rechnen. Dies findet seine Entsprechung im progressiven Steuersystem, dessen Prinzip jedoch durch den ‚Spitzensteuersatz‘ durchbrochen wird. Höherer Verdienst und damit größere Entnahme des Gewinns wird nun nicht mehr stärker besteuert. Ab diesem Punkt fehlt es an steuerlichen Anreizen, das Arbeitspensum einzuschränken oder die Re-Investition von Gewinnen zu unternehmen und damit neue Arbeit zu schaffen.

Wenn es gelingt, den Anstieg der Lohnnebenkosten in Deutschland zu stoppen, sollte auch vom festen Eingangssteuersatz abgegangen werden, um potentiellen Arbeitnehmern den Sprung ins Erwerbsleben zu erleichtern und Gering-Verdienst-Verhältnisse - wie Teilzeit und Altersarbeit - zu fördern.

Deshalb muss das Steuersystem als indirektes Lenkungsmittel genutzt und dazu die Progression gestärkt werden. Dabei sollte der Steuersatz kontinuierlich ansteigen, wobei eine Steuerformel denkbar ist, die bis zu einem Wert deutlich über 50 Prozent ansteigt und sich dort einem Grenzwert nähert. Ziel dieser Politik ist, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, Arbeit und Einkommen solidarischer zu verteilen und Teilzeit-Arbeit stärker zu fördern.

Entlastung von Nebenkosten:

Diese Politik wird auf den Arbeitsmarkt besonders dann Wirkung entfalten, wenn es gelingt, den Abgabenanteil in Deutschland zu senken. Als Mittel hierzu kann ein weiterer Sozialabbau jedoch nicht die Lösung sein. Bei Einbeziehung aller Versichertengruppen in die gesetzlichen Sozialversicherungen, die Anhebung der Einkommensgrenzen *und den Einsatz von Steuermitteln zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen* ist es möglich, den Sozialversicherungsanteil über die Jahre konstant zu halten und damit prozentual anteilig zu senken.

Ziel dieser Politik sollte es sein, dass es für einen Arbeitgeber attraktiver wird, zwei Teilzeitkräfte als Eine mit einer 40+XXL Stundenwoche zu beschäftigen.

Weiterhin sollten Mittel wie Altersteilzeit genutzt werden, um dafür junge Arbeitnehmer einstellen zu können. Die Frühverrentung dagegen ist kein geeignetes Mittel, dient sie doch meist nur zur „Betriebssanierung“ also Gewinnmaximierung, verursacht einseitig Kosten in den Sozialversicherungssystemen und fällt damit zu Lasten der Arbeitnehmer.

Neben diesen indirekten Mitteln zur Arbeitsumverteilung nutzt der Staat schon heute direkte Möglichkeiten, in die Arbeitsverhältnisse und damit den Markt einzugreifen. So sind gesetzlich zugesicherte Mindeststandards (Arbeitsrecht, Arbeitsschutz), sowie (Bildungs-) Urlaub und Feiertage auch Mittel zu Arbeitsumverteilung. Dies alles ist zu bedenken, wenn der Ruf nach weiteren Liberalisierungen laut wird. Mögen diese auch in einzelnen Sektoren Vorteile bringen, können diese doch volkswirtschaftlich Schaden erzeugen.

Umbau der Sozialsysteme

Im Zuge der sich rasant verändernden Erwerbsrealität der Menschen müssen auch die sozialen Sicherungssysteme so verändert werden, dass sie allen Menschen ein Maximum an sozialer Sicherheit bieten. Bisher sind die sozialen Sicherungssysteme immer noch am Bild des unbefristet Vollzeitbeschäftigten mit Familie orientiert.“

Schlussfolgerungen & Ausblick:

Unser Arbeitsbild für die Gesellschaft von morgen, kann nur dann fortschrittlich genannt werden, wenn es sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Nicht nur für uns heißt das auch, dass die Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit akzeptiert werden müssen. So kann Mensch in seiner Erwerbsbiographie nicht auf Dauer ein Maximum leisten. Genau an diesem Maximum jedoch orientiert sich ein auf Wettbewerb angelegtes Wirtschaftssystem; Beispiele hierfür sind Begriffe wie Monitoring, Leistungsparameter, Flexibilisierung etc. Fehlen durch weitere Liberalisierung dabei jeglicher Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital, Jung und Alt, Qualifizierten und Unqualifizierten, Bezahlter und unbezahlter Arbeit, verfielen ein Großteil unserer Gesellschaft. Ein aktiver Staat zur Sicherung eines – wenn auch labilen – Gleichgewichtes ist daher unabdingbar. Der Grad der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird dabei immer strittig bleiben, die Notwendigkeit zur Umverteilung sollte jedoch niemals in Frage gestellt werden, sonst fielen wir in eine Vorstaatliche Phase zurück!

Den Hinweis, dass dies in Zeiten globalisierter Märkte nicht mehr möglich sei, können wir Sozialdemokraten aus der Erfahrung der Internationalen nicht gelten lassen. Eine der Herausforderungen unserer Zeit ist es doch, die Europäische Union zu einer Sozialgemeinschaft auszubauen, die ein Mindestmaß an sozialen Rechten, materieller Absicherung und individueller Integration für jeden Einzelnen sichert. Die Anerkennung von sozialem Engagement und die langfristige Umverteilung von Arbeit und die Sicherung des offenen Zugangs zu Bildung und Information wird ein Weg dahin sein.

A 9: Nachhaltige Innovationspolitik als Leitbild sächsischer Wirtschaftsförderung

Kaum ein Phänomen führte zu derart tiefgreifenden Veränderungen wie die Globalisierung. Das Auftreten der Schwellenländer auf den Weltmärkten für einfache Massenprodukte hat in den ökonomischen Zentren der Weltwirtschaft, in den kapitalistischen Industrieländern Westeuropas und Nordamerikas und nicht zuletzt auch in Japan zu nachhaltigen ökonomischen Verwerfungen geführt. Verlagerungsprozesse in Billiglohnländer, Aufteilung und Verteilung der Fertigungsprozesse mit der Endmontage in den Industrieländern und erhebliche Schrumpfungprozesse in Branchen wie der Textil- und Stahlindustrie sowie anhaltende Massenarbeitslosigkeit sind nur die augenscheinlichsten Resultate dieser Verlagerungen.

Doch einige wenige Regionen scheinen erfolgreich diesem globalen Trend zu widerstehen. Lokalitäten wie Amsterdam-Rotterdam, Terza Italia oder Rhône-Alpes fallen trotz internationaler und nationaler Wachstumsschwäche sowohl durch konstant hohe Beschäftigung als auch die ihres gleichen suchende Wachstumsraten auf. Dabei führt die Suche nach den Ursachen der wirtschaftlichen Prosperität stets zum gleichen Ergebnis: All jene Regionen zeichnen sich durch die erfolgreiche Produktion und Anwendung technologisch-industrieller Innovation aus.

Wissensbasierte Industrien weisen eine Vielzahl vorteilhafter Charakteristika auf. Technologisch-industrielle Innovation ist die geeignete Antwort auf die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung. Ihre Anwendung ist hochkompliziert, erfordert außerordentlich leistungsfähige Forschungskapazitäten und ihre Nutzung kann nicht aus dem Endprodukt rekonstruiert werden. Aus der untrennbaren Bindung an sozioökonomische Bestimmungsfaktoren, wie qualifizierte Forschungsstrukturen, resultiert im Gegensatz zur einfachen Massenproduktion nur eine marginale Neigung zu Produktionsverlagerungen. Des Weiteren sind die innovativen Industrien sowohl durch eine hohe Wertschöpfung, als auch ein hochgradiges Lohnniveau der Beschäftigten gekennzeichnet.

Angesichts der obigen Beispiele erfolgreicher Innovationspolitiken gegenüber stetiger Stagnation in Deutschland stellt sich umso eindringlicher die Frage, warum sowohl die bundesstaatliche wie auch sächsische Wirtschaftspolitik diese regionalen Förderungsmuster bislang nur unzureichend reflektiert. Unter dem Deckmantel der angebotsorientierten Wirtschaftsförderung werden einerseits Millionen in der Technologie- und Bildungspolitik gespart, wohingegen gleichzeitig die milliarden schwere Finanzhilfen für überreife Sektoren auf unverändert hohem Niveau fortgeführt werden.

Ökonomische Krise und Arbeitsplatzverlust bzw. deren Bedrohung auf der einen Seite gegenüber vitalen Wachstumsprozessen und hohen Einkommen für adäquat qualifizierte Arbeitskräfte auf der anderen Seite erfordern eine Wirtschaftspolitik, die sich völlig von früheren Erfahrungen unterscheidet. Nationale und regionale Wettbewerbsvorteile lassen sich nicht länger in den alten und arbeitsintensiven Industrien, die dem Bereich der fordistischen Massenproduktion zuzurechnen sind, erschließen, sondern vielmehr beim Anlagenbau, in hochspezialisierten Sektoren und bei High Tech Industrien. Gegenwärtige und insbesondere die zukünftigen Erfolgspotentiale fußen somit auf einer leistungsfähigen öffentlichen Forschungslandschaft, qualifizierenden Bildungssystemen, der Verfügbarkeit von Risikokapital für junge und dynamische Unternehmen sowie der Förderung von Kooperation in Netzwerken.

Deshalb sind folgende Maßnahmen für eine nachhaltige sächsische Wirtschaftsförderung- und Innovationspolitik unabdingbar:

1. Wissensgesellschaft

Die Partizipation an zukünftigem Wohlstand aber insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft basiert zunehmend auf der persönlichen Qualifikation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. In diesem Kontext gilt es, die Bildungssysteme nachhaltig zu stärken, den freien Zugang zu gewährleisten, um im Ergebnis die gesamtgesellschaftliche Teilhabe an den Märkten von Morgen zu gewährleisten.

2. Stärkung der *dezentralen* öffentlichen Forschungslandschaft

Selbst in den hochentwickelten Volkswirtschaften der westlichen OECD-Staaten können ohne die unterstützende öffentliche Grundlagenforschung gesamtwirtschaftliche Interessen, die sich bis in die Arbeitswelt auswirken, bedroht sein. Unternehmen können nicht, nicht in befriedigendem Umfang oder nicht in angemessener Zeit Technologien von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung entwickeln. Die exorbitanten Kosten sowie die zumeist unsichere Marktfähigkeit und damit Profitabilität der Ergebnisse weisen den Bereich der Grundlagenforschung somit als genuin staatliche Aufgabe aus.

Der Bedeutung der prä-kompetitiven Forschung und Entwicklung (FuE) für die technologisch-industrielle Innovation entsprechend rücken in zunehmenden Maße die Hochschulen in den zentralen Bereich der Erzeugung von Innovationen auf. *Somit ist es für eine leistungsfähige Volkswirtschaft grundlegend, die staatlichen Finanzzuweisungen an die öffentlichen Hochschulen und Forschungsinstitute massiv auszuweiten.*

Dennoch dürfen die hohen Kosten der Grundlagenforschung unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten *nicht zu einer Zentralisierung der Forschungsanstrengungen* führen. Innovative High Tech Industrien wachsen immer räumlich konzentriert um leistungsfähige Forschungseinrichtungen. So zeigt der Vergleich von föderativen Organisationsprinzip mit den zentral organisierten Staaten, dass die innovativen Cluster im Zentralismus zwar aufgrund der höheren finanziellen Förderung qualitativ stärker ausgeprägt sind, jedoch in ihrer Quantität den föderativem System weit unterlegen sind. Somit würde die Zentralisierung der Forschung den Großteil der deutschen und insbesondere sächsischen Regionen von der Teilhabe an den wissensbasierten Industrien ausschließen.

3. Ausbau von Wissenstransfer und Netzwerkkooperation

Die Beschränkung staatlicher Innovationspolitik auf die Wissenserzeugung und dessen Akkumulation kann jedoch nur als erster Schritt bei der Überwindung von Wachstums- und Strukturschwäche gelten. Die technologisch-industrielle Innovation muss in marktfähige Produkte umgesetzt werden. Großunternehmen haben bereits die Potentiale einer verstärkten Kooperation erkannt und vermehrt Unternehmensabteilungen in der Nähe der Hochschulen angesiedelt. Doch gerade kleine und mittelständische Unternehmen unterschätzen sowohl die sich bietenden Optionen der Kooperation wie auch die Risiken der Isolation.

Die sächsischen Beihilfen für die Einstellung von „Innovationsassistenten“ können als erste, jedoch im Ergebnis nur beschränkt zielführende Maßnahme zur Förderung des Wissenstransfers verstanden werden. Vielmehr gilt es ein institutionalisiertes Umfeld zu schaffen, in dem die leichte Verfügbarkeit von Informationen über Forschungsergebnisse und laufende Forschungsvorhaben gesichert wird. Doch nicht nur die Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen ist zu stärken. Gerade die Innovationsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen leidet unter den hohen FuE-Kosten technologisch-industrieller Innovation. Auch hier sind *Kooperationsvorhaben geeignete Mittel zur Induktion einer neuen Innovationsdynamik*. Kooperation kann nicht nur die FuE-Kosten kleiner Betriebe senken, sondern auch völlig neue Märkte schaffen. So zeigt das Beispiel der Textilindustrie in Baden-

Württemberg, dass durch Kooperation selbst überreife Branchen neue Wachstumsimpulse erhalten können. Hier entstand durch den Wissenstransfer aus der Chemieindustrie in Gestalt von Industriefiltern ein völlig neuartiges, innovatives Produkt, das sich im Sektor der Umwelttechnik überaus erfolgreich etablieren konnte.

Deshalb ist es unabdingbar, alle relevanten Akteure für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu sensibilisieren. *Staatliche Politik muss die Hochschulen finanziell und personell stärken sowie öffentlich-private Kooperationspotentiale durch den institutionalisierten Wissenstransfer forcieren. Private Kooperation muss durch umfassende öffentliche Unterstützungsangebote gefördert werden* – Netzwerk-Programme, Projektförderungen für Verbundvorhaben, Cluster-Foren sowie themenspezifische Arbeitsgruppen sind dabei nur einige ausgewählte Förderungsinstrumente.

4. Staatliche Entwicklungshilfe für innovative Produkte

Die nachhaltige Innovationspolitik darf sich nicht mit der Erzeugung von Innovation begnügen. Charakteristisch für den frühen Innovationsprozess sind die hohen Kosten und der hieraus resultierende geringe Kundennutzen neuer Produkte. Erst der kontinuierliche Absatz innovativer Erzeugnisse befähigt die Unternehmen zu Prozessinnovationen, die die Stückkosten erheblich senken. Exemplarisch kann dies am Beispiel der Informationstechnologie verdeutlicht werden. Vor mehr als 30 Jahren existierte kein Markt für elektronische Datenverarbeitungssysteme. Computer wurden ausschließlich von Universitäten und dem Militär erworben und eingesetzt. Dieser staatliche Eigenkonsum verbunden mit der Bereitschaft für den damals marginalen Nutzen hohe Preise zu bezahlen, ermutigte die Pionierunternehmen trotz der Risiken ihr Engagement in gestalt erhöhter FuE-Kosten auszubauen. Im Ergebnis mündeten die folgenden Produkt- und Prozessinnovationen in einen der größten Wachstumsmärkte des 21. Jahrhunderts, in dem die frühen amerikanischen Pionierunternehmen einen beinahe unaufholbaren Wettbewerbsvorteil genießen.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass die sächsische Wirtschaftsförderungspolitik sich nicht darauf beschränkt, innovatives Verhalten in den Unternehmen anzumahnen. Die rational handelnden Unternehmen werden eher selten den abstrakt-langfristigen Nutzen der Innovation in ihren Handlungsentscheidungen berücksichtigen. Vielmehr gilt es durch Finanzhilfen, Steuerbefreiungen oder staatlichen Eigenkonsum technologisch-industrielle Innovationen bis zur Marktreife unterstützend zu begleiten.

5. Umverteilung staatlicher Finanzhilfen zugunsten innovativer Industrien

Die erfolgreiche staatliche Innovations-/ Wirtschaftsförderungspolitik ist mit enormen Ausgaben verbunden und gerade in Zeiten eines 11-stelligen Bundeshaushaltsdefizits muss den Fragen der seriösen Finanzierbarkeit besondere Aufmerksamkeit zukommen. Zukünftige Erfolgspotentiale sind bekanntlich nicht in den niedergehenden arbeitsintensiven Branchen fordistischer Massenproduktion zu erschließen. Deutschland und insbesondere Sachsen können in diesen Sektoren nicht mit der aufstrebenden Konkurrenz aus den Schwellenländern konkurrieren. Der Versuch dieser missverstandenen Herausforderung durch massivste Einsparungen bei den Lohnnebenkosten zu begegnen, kann nur dann – wohl eher zweifelhafte – Erfolge hervorbringen, wenn Sozialdumping und Wohlstandsverlust konsequent zum Programm staatlicher Wirtschaftspolitik gemacht werden. Nicht zuletzt würden derartige Instrumente im Rahmen der Standortkonkurrenz die übrigen Mitgliedstaaten des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes zu gleichartigen Anpassungsmaßnahmen zwingen, was in einem der Vergangenheit zugewandten Wettlauf um das billigste Humankapital, statt den qualifiziertesten Arbeitnehmer mündet. Darum ist es auch nur schwer verständlich, warum über Jahrzehnte diese zum Niedergang verurteilten Branchen durch gleichbleibend hohe, milliardenschwere Subventionen künstlich bewirtschaftet werden.

Obwohl grundsätzlich ein geeignetes wirtschaftspolitisches Instrument, führen Subventionen in überreifen Branchen häufig zu Fehlanreizen, zu Mitnahmeeffekten, sind vielfach ineffizient, verursachen einen erheblichen Verwaltungsaufwand, verlangsamen notwendige Anpassungsmaßnahmen der Unternehmen und behindern damit den notwendigen Strukturwandel.

Als überreife und damit nicht mehr wettbewerbsfähige Branchen müssen in jedem Fall weite Teile der Agrarwirtschaft, der Steinkohlebergbau, ein Großteil der Stahlindustrie sowie die Werftindustrie identifiziert werden. Alleine die Steuerbegünstigung für Agrardiesel wird im 18. Subventionsbericht der Bundesregierung mit einem Gesamtvolumen von 420 Mio. € ausgewiesen. Addiert man hierzu die subventionspolitischen Haushaltstitel landwirtschaftliche Sozialpolitik (1.569 Mio. €) sowie die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur (1.225 Mio. €) beträgt das für die Innovationspolitik frei werdende Potential 3.214 Mio. €. Ähnliche Angaben lassen sich für die Subventionen anderer Wirtschaftszweige anstellen.

Im Kontext der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen somit alle staatlichen Finanzhilfen einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden. Subventionen in Wirtschaftszweigen, die keinen Beitrag zu zukünftigen gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftlicher Prosperität leisten können, sind ungeachtet des Widerstands einzelner Interessengruppen, mittelfristig und sozialverträglich abzubauen. Frei werdende Finanztitel sind ausnahmslos den innovations- und technologiepolitischen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

A 10: Solidarisches und finanzierbares Gesundheitssystem

Auch wenn die Gesundheitsreform der Bundesregierung zum 01. Januar 2004 in Kraft tritt, hält die gesellschaftliche Debatte um das Gesundheitssystem an. Um die Beitragsätze längerfristig stabil zu halten und gleichzeitig das hohe Qualitätsniveau des deutschen Gesundheitswesens zu erhalten ist mehr als eine Reform notwendig. Ein grundlegender Systemwechsel muss erfolgen, der dabei weder die Lohnnebenkosten noch die unteren Einkommen stärker belastet.

Deshalb sagen wir klar JA zur Bürgerversicherung und JA zur paritätischen Finanzierung.

I. Bürgerversicherung

Wir fordern eine Bürgerversicherung, in der eine allgemeine Pflicht zur Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht und die von konkurrierenden gesetzlichen Krankenkassen, ähnlich den österreichischen Gebietskrankenkassen, getragen wird. Folge ist eine Reduzierung von derzeit über 350 Krankenkassen auf einige wenige in ganz Deutschland. Dadurch lassen sich immens hohen Werbetats und mehrfach parallele Verwaltungsstrukturen der Krankenkassen vermeiden. Doch auch wenn es nur noch wenige Krankenkassen gibt wird ein bundesweiter Finanzausgleich nötig bleiben. Denn nur durch diesen können strukturelle und regionale Unterschiede zwischen den einzelnen Krankenkassen ausgeglichen werden und die Beiträge auf einem ähnlichen Niveau gehalten werden.

Die durch das neue System eingesparten Gelder können nun dem eigentlichen Ziel der Versicherungen zugeführt werden.

Festgelegt werden alle Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen in einem einheitlichen Leistungskatalog der auch den Zahnersatz umfassen muss. Dabei ist zu klären, welche Leistungen bezahlt werden und welche selbst zu tragen sind, durch z.B. eine private Zusatzversicherung.

Aber auch auf der Einnahmenseite muss sich etwas tun. Als Einzahlungsgrundlage müssen alle erzielten Einkünfte aller Bürger dienen. Diese umfasst sowohl Mieten, Erträge aus Kapitalmärkten als auch die Einkommen von Beamten und Selbständigen. Denn „Es liegt auf der Hand, dass eine Krankenversicherung besser fährt, wenn alle am Solidarausgleich teilnehmen.“ (Josef Probst, Geschäftsführer beim österreichischen Hauptverband der Sozialversicherungsträger im Vorwärts 09/2004). Dabei soll es keine Beitragsbemessungsgrenze geben, denn je breiter die Einnahmenseite, desto niedriger die Beiträge und wiederum die Belastung für die Einzahler.

II. Der mündige Patient

Damit die GKV zukunftsfähig werden müssen sich aber auch die Leistungsnehmer ändern. Ziel ist ein Patient, der als mündiger Leistungsnehmer kostenbewusst handelt.

Wichtigster Punkt hierbei ist den Patienten stärker in das Gesundheitssystem zu integrieren und ihn für die hohen Kosten des Gesundheitswesens zu sensibilisieren. Dies geschieht durch Aufklärung des Patienten. Eine regelmäßige Informationen über abgerechnete Maßnahmen und deren Kosten sind für den Patienten unverzichtbar. So kann der Patient nachvollziehen, welche Behandlungen abgerechnet wurden und welche Kosten entstanden sind. Dadurch entsteht eine aktive Kontrollfunktion des Leistungsnehmers und ein zunehmend kostenbewusster Patient.

Bei Facharztbesuchen ist dieser Betrag immer zu entrichten, wenn man nicht überwiesen wurde. Ausgenommen natürlich Frauenarzt, Zahnarzt, und Augenarzt. Dennoch ist es Ziel das Hausarztprinzip zu stärken um unnötige Behandlungen durch Spezialärzte zu vermeiden.

Auch eine Eigenbeteiligung bei allen Leistungen sensibilisiert den Patienten für die Kosten der Behandlungen. All diese neuen Maßnahmen führen dazu, dass der Patient nicht mehr passiver, sondern aktiver Teil des Gesundheitssystems wird.

III. Liberalisierung

Doch auch die Pharmaindustrie muss sich zunehmend von staatlich geschützten Märkten verabschieden. Das heißt konkret die indirekte Subventionierung durch Preisbindung bei Medikamenten muss aufgegeben werden und der gesamte Markt liberalisiert werden. Des Weiteren ist eine Positiv-Liste von einer unabhängigen Kommission zu erstellen. Diese führt eine Nutzen-Analyse für Medikamente durch. Denn billigere Medikament mit gleicher Wirkung führen zu wesentlich geringeren Kosten für die Krankenkassen. Unwirksame oder überbeuerte Medikamente können so vom Markt gedrängt werden. Dies hat, wenn überhaupt, auf die riesigen Pharma-Konzerne nur eine geringe Auswirkung und führt auch eher unwahrscheinlich zu Arbeitsplätzeabbau. Und selbst wenn ist dieser immer irrelevant im Verhältnis zum Volkswirtschaftlichen Nutzen eines effektiven Gesundheitssystems.

IV. Ärztehäuser

Für die Ärzte muss der Zwang Freiberufler zu sein aufgehoben werden. Wesentlich besser arbeiten Ärztehäuser. In denen sind die Ärzte Angestellte bei einer GmbH. Dieses Polyklinikmodell verbessert die zentrale ambulante Versorgung und vermeidet teure parallel Angebote von Ambulanz und Klinik.

Darüber hinaus führt eine intensivere fachliche und „buchhalterische“ Überprüfung der ÄrztInnen dazu, dass Verschwendung, Betrug und unnötige Behandlungen vermindert werden und sich die Qualität der ärztlichen Behandlung verbessert.

V. Keine Reform der Krankengeldversicherung

Das Gesetz der Bundesregierung zur Reform der Krankengeldversicherung ist für uns nicht tragbar. Diese Versicherung nur noch vom Arbeitnehmer tragen zu lassen und den Arbeitgeber aus der Verantwortung zu nehmen muss entschieden abgelehnt werden. Gerade die paritätische Finanzierung ist Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft.

Einziges Argument für diese Reform ist die Senkung der Lohnnebenkosten zur Entlastung der Arbeitgeber, mit dem Hinweis die Mehrbelastung für die Versicherten sei gering. Doch wenn die Kosten der Versicherung verhältnismäßig klein sind, ist umso schwieriger zu verstehen, warum hier die Parität aufgekündigt werden soll. Dies stellt vielmehr den Einstieg zum Ausstieg aus der seit über hundert Jahren bewährten paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme dar. Die Zulassung der Argumentation, dass eine geringe Mehrbelastung der Arbeitnehmer zugunsten der Senkung der Lohnnebenkosten gerechtfertigt sei, wird früher oder später zur generellen Auflösung der Parität führen und ist daher von vornherein generell abzulehnen.

Wir fordern daher die Bürgerversicherung, aktive Patienten, Liberalisierung der Arzneimittelmärkte und die Einrichtung von Ärztehäusern für eine zukunftsfähige, leistungsfähige und bezahlbare gesetzliche Krankenversicherung.

A 11: Abgaben senken, Steuern erhöhen - Gerechtigkeit schaffen

„Deutschland ist ein Niedrigsteuerland.“ Die durchschnittliche Steuerbelastung der Faktoren Arbeit und Kapital ist in Deutschland niedriger als im EU Durchschnitt. . Jedoch wird der Faktor Arbeit – anders als das Kapital – zusätzlich und in erheblichem Maße durch die Sozialabgaben belastet. Bezieht man nun die Sozialabgaben in die Betrachtung mit ein, muss man feststellen, dass Arbeit weitaus höher „besteuert“ wird als Kapital – dies verhindert Beschäftigung.

Ein primäres Ziel der Politik ist es, die Sozialabgaben zu senken. Selbst wenn dies in gewissen Punkten gelingt, wird es bei weitem nicht ausreichen, den Faktor Arbeit stärker zu entlasten. Daher muss mit der Reformierung der Sozialsysteme eine Umstrukturierung des Steuersystems einhergehen.

Maßnahmen

Umgestaltung der Mehrwertsteuer

Mit einem Normalsatz von 16% (ermäßigt 7%) liegt Deutschland gemessen am durchschnittlichen EU-Niveau weit abgeschlagen am unteren Ende der Skala – lediglich Luxemburg hat mit 15% einen niedrigeren Erhebungssatz. Dagegen liegt der durchschnittliche Mehrwertsteuersatz in der Europäischen Union bei 19,4%.

Die Erhöhung der jetzigen Mehrwertsteuer würde aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringeren Einkünfte zusätzlich belasten.

Eine Lösung sehen wir in einem dreistufigen Mehrwertsteuersystem. Für Waren des täglichen und notwendigen Bedarfs (und nur für diese) gibt es weiterhin einen ermäßigten Steuersatz (weniger als 10%). Als Gegensatz dazu soll es einen erhöhten Satz auf „Luxusgüter“ geben (deutlich über 20%). Eine Einstufung als Luxusgut kann zum einen an dem entsprechenden Durchschnittswert einer Ware bemessen werden (z.B. eine 25%ige Überschreitung des Durchschnittspreises). Zum anderen sind auch „politische“ Grenzwerte denkbar (Verbrauch eines Automobils, das zweite Haus, etc.)

Allerdings kann diese Luxusbesteuerung nicht direkt im Rahmen der Umsatzsteuer erhoben werden (dies ist nach europäischem Recht verboten). Es kann aber für solche Güter eine zusätzliche Verbrauchssteuer eingeführt werden.

Alle anderen Waren sollen zum normalen Satz (ca. 15-18%) besteuert werden.

Gerechte Unternehmensbesteuerung

Gegenwärtig sind es vorrangig die großen Kapitalgesellschaften, welche die zahlreichen Ausnahmetatbestände im Körperschafts- und Gewerbesteuerrecht nutzen können. So zahlen beispielsweise viele der DAX-notierten Unternehmen keine Gewerbesteuer – ein Missstand, dessen Folgen alle Erwerbstätigen schultern müssen. Verantwortlich zeigt sich die Internationalisierungstendenz der Unternehmen. Denn die Geschäftstätigkeit der „global player“ wird heute weitgehend durch die Aufnahme von Fremdkapital finanziert, welches die einzelnen steuerlichen Bemessungsgrundlagen drastisch reduziert. In diesem Sinne ist es dringend erforderlich, dass die zahlreichen Ausnahmetatbestände des Steuerrechts liquidiert werden. So ist zunächst die Gesamtheit der Bilanzierungsvorschriften für Kapitalgesellschaften zu verschärfen. Insbesondere muss das Fremdkapital im vollen Umfang in die Bemessungsgrundlagen für Körperschafts- und Gewerbesteuer aufgenommen werden. Gleichzeitig sind die körperschaftssteuerlichen Freibeträge zu erhöhen, um den Mittelstand nicht unverhältnismäßig zu belasten. Im Ergebnis muss die Orientierung der Unternehmensbesteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stehen, wobei folgender Grundsatz zu beachten ist: Einfachheit geht vor Gleichheit. Denn absolute Gleichheit bedeutet, viele Ausnahmen zulassen zu müssen, die im Ergebnis neue Ungerechtigkeiten durch Umgehung der verbindlichen Norm bedeuten. Und jede Ausnahme eröffnet neue Steuerschlupflöcher.

Soziale Einkommenssteuer

Die Absenkung des Spitzensteuersatzes ist zurück zu nehmen. Die Progression ist zu verstärken, so dass ein effektiver Spitzensteuersatz eher erreicht wird.

Im Moment zahlt man ab einem Bruttoeinkommen von 55.000 EUR den so genannten Spitzensteuersatz. Dieser beträgt aber effektiv nicht wie vielfach behauptet 48,5%, sondern aufgrund des Freibetrags lediglich rund 28%. Durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes werden vor allem Spitzenverdiener über Gebühr entlastet. Ein Normalverdiener wird nur um rund 4% entlastet, ein Spitzenverdiener dagegen mit weit über 6%, dies ist weder sozial gerecht, noch notwendig. In Tabelle 1 sieht man zudem sehr deutlich, ab welchem Einkommen der Spitzensteuersatz erst gezahlt wird. Man sieht allerdings auch, dass die Absenkung des Einkommenssteuersatzes absolut notwendig war und auch spürbare Entlastung bringen kann. Gerade in den unteren Einkommensgruppen führt eine Entlastung zu mehr Konsum, einer Belebung der Innlandsnachfrage und damit zu neuem Wirtschaftswachstum. Dagegen führt die Entlastung der oberen Einkommensgruppen lediglich zu einer erhöhten Sparquote. Da der Spitzensteuersatz auch die Progression der niedrigeren Einkommensgruppen beeinflusst, muss eine neue Progressionszone geschaffen werden, die bei höheren Einkommen den Steuersatz stärker ansteigen lässt (Abb. 1)

Bruttoeinkommen/ Jahr	20.000,00 €	30.000,00 €	40.000,00 €	55.000,00 €	100.000,00 €
Steuerbelastung 1998	2.954,24 €	6.100,22 €	9.659,32 €	16.108,76 €	39.682,89 €
Steuerbelastung 2003	2.374,00 €	5.385,00 €	8.955,00 €	15.340,00 €	37.139,00 €
Steuerbelastung 2004*)	2.030,00 €	4.847,00 €	8.122,00 €	13.891,00 €	32.791,00 €
effektiver Steuersatz 1998	14,77%	20,33%	24,15%	29,29%	39,68%
effektiver Steuersatz 2003	11,87%	17,95%	22,39%	27,89%	37,14%
effektiver Steuersatz 2004*)	10,15%	16,16%	20,31%	25,26%	32,79%
Entlastung absolut (1998-2004)	924,24 €	1.253,22 €	1.537,32 €	2.217,76 €	6.891,89 €
Entlastung % (1998-2004)	4,62%	4,18%	3,84%	4,03%	6,89%
Bruttoeinkommen/ Jahr		250.000,00 €	500.000,00 €	1.000.000,00 €	5.000.000,00 €
Steuerbelastung 1998		119.184,69 €	251.688,03 €	516.694,70 €	2.636.690,81 €
Steuerbelastung 2003		109.894,00 €	231.137,00 €	473.639,00 €	2.413.637,00 €
Steuerbelastung 2004*)		95.791,00 €	200.791,00 €	410.791,00 €	2.090.791,00 €
effektiver Steuersatz 1998		47,67%	50,34%	51,67%	52,73%
effektiver Steuersatz 2003		43,96%	46,23%	47,36%	48,27%
effektiver Steuersatz 2004*)		38,32%	40,16%	41,08%	41,82%
Entlastung absolut (1998-2004)		23.393,69 €	50.897,03 €	105.903,70 €	545.899,81 €
Entlastung % (1998-2004)		9,36%	10,18%	10,59%	10,92%

*) bei Vorziehen der Steuerreform, sonst 2005

Tabelle 1 Entwicklung der Steuerbelastung

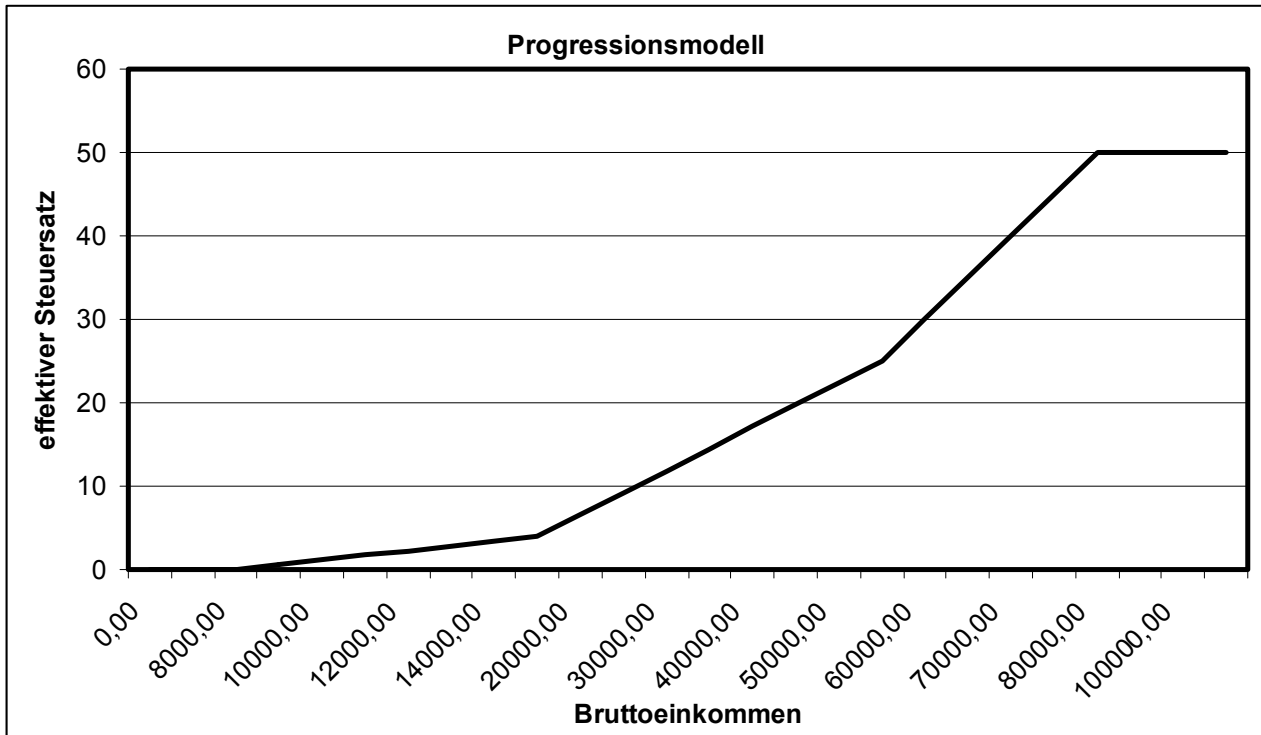


Abbildung 1 „besseres“ Progressionsmodell – bis zu einem Einkommen von ca. 55000 fällt ein effektiver Steuersatz von maximal 25% an. Bei höheren Einkommen steigt er dann aber schnell auf 50%.

Gerechte Erbschaftssteuer

Die Bemessungsgrundlage der Erbschaftssteuer muss ausgeweitet und Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Es gehört zur Steuergerechtigkeit, dass nicht nur Erträge sondern vermehrt Vermögen besteuert wird. Gerade im Fall von Erbschaften, bei denen es sich ja nicht um selbst erwirtschaftetes Vermögen handelt, sollte dies gelten. Besondere Aufmerksamkeit sollte auf Vermögenswerte gelegt werden, die unter der Prämisse des Steuer-sparens angehäuft wurden.

Leistungsfähige Gemeindewirtschaftssteuer

Die Kommunen benötigen eine solide Einnahmequelle, die sie befähigt auch in konjunktur-zyklischen Schwächephase ein stetiges Investitionsniveau zu halten. Geeignet dafür ist eine weiterentwickelte Gemeindewirtschaftssteuer. Alle Gewerbe sollen dabei einbezogen, außerdem soll nicht nur der Ertrag, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente, wie Zinsen, Mieten, Pachten und Leasingraten) zur Steuererhebung herangezogen werden.

A 12: Mehr Demokratie wagen – für Europa!

Folgende Ausführungen sind Position der sächsischen Jusos bezüglich der Europapolitik.

Einleitung

Mit Interesse haben die Jusos Sachsen die Diskussionen innerhalb und außerhalb des Europakonvents über die Zukunft Europas verfolgt. Dennoch können wir mit den erzielten Ergebnissen nicht zufrieden sein, da sie insgesamt eine langfristige Perspektive vermissen lassen. Zwar begrüßen wir grundsätzlich einen europäischen Verfassungsentwurf, doch viel zu oft unterlagen jegliche Reformversuche, vor allem auf der Ebene der Institutionen, den Egoismen der einzelnen Nationalstaaten. Dadurch ergibt sich ein immer größeres Demokratiedefizit, aus dem mittelfristig ein Legitimitätsproblem erwachsen wird.

Wir wollen **Mehr Demokratie wagen - für Europa!** Nur durch Stärkung der Demokratie kann langfristig eine europäische Öffentlichkeit entstehen. Eine Öffentlichkeit, die Grundlage für die Entwicklung einer europäischen Identität ist.

Was ist Europa? Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kennzeichnen den gemeinsamen Wertekatalog der europäischen Staaten. Aus ihnen resultieren demokratische Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Menschenrechte, Völkerrecht sowie Trennung von Staat und Religion.

Um so schwieriger ist die Antwort auf die Frage, wo Europa anfängt und wo es aufhört, da jegliche Grenzziehung stets etwas Willkürliches an sich hat. Grenzen beschreiben nämlich kaum die Befunde, sondern reflektieren oft nur Absichten und Entwürfe. Allein das Kriterium Wertebezug kann nicht ausreichen um Grenzziehungen zu begründen. Bei Europa geht es nicht nur um den gleichen Wertekatalog, sondern auch um eine ähnliche politische Kultur mitsamt einem ähnlichen historischen Bezug. Denn häufig waren gleich erfahrbare Katastrophen wie die beiden Weltkriege zur Durchsetzung eines europäischen Projektes von großer Signifikanz. Auf der anderen Seite sollte man sich vor einer absoluten Grenzziehung hüten, da Grenzen stets etwas Willkürliches haben.

Zur Verfassung: Wie eingangs erwähnt, begrüßen wir den Verfassungsentwurf des Europakonvents. Wir fordern, dass soziale Grundrechte wie das Recht auf Bildung, das Recht auf Wohnung oder auch das Recht auf einen Kindergartenplatz Eingang in die Grundrechtcharta erhalten. Jedem Menschen muss ein lebenswürdiges Dasein zugestanden werden. Jeglichem politischen Tun sollte das Gebot der sozialen Gerechtigkeit übergeordnet werden. Denn nur soziale Gerechtigkeit kann die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der EU sichern.

Zu den Institutionen: Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung im nächsten Jahr muss deutlich werden, dass die bisherige Konsensstrategie mitsamt der Ausklammerung von Problemzonen aufgegeben werden muss. Die ersten Ansätze von Nizza gingen zwar in die richtige Richtung, doch erscheint uns die dreifach qualifizierte Mehrheit (neben der Absicherung von 62% Bevölkerungsanteil und einer einfachen Mehrheit aller Mitgliedstaaten erfordert jede qualifizierte Mehrheitsentscheidung 73,4% aller Ratsstimmen) für unbrauchbar, tiefgreifende Reformen durchzusetzen. Daneben wurden in Nizza viele Bereiche wie Asyl- und Einwanderungsfragen, Strukturpolitik, Sozialpolitik vom Mehrheitsentscheid ausgeklammert. Wir fordern, dass das Mehrheitsprinzip im Rat (dreifach einfache Mehrheit) in allen Bereichen Einzug finden muss; auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik muss das nationale Veto fallen. Im Zusammenhang mit einer europäischen Außenpolitik ist im Zuge einer UN-Reform auf einen gemeinsamen europäischen Sitz im UN-Sicherheitsrat hinzuwirken. Wir befürworten ein europäisches Verteidigungsbündnis, das jegliches militärisches Vorgehen als ultima ratio im Einklang mit der UN-Charta begreift.

Eine föderale politische Union muss Verantwortung übernehmen: deshalb muss die europäische Handelspolitik den Ländern der „Dritten Welt“ gegenüber den Markt öffnen und mittelfristig die Subventionen für die eigene Landwirtschaft abbauen.

Die Entwicklungszusammenarbeit soll verstärkt werden, was neben finanzieller und technischer Unterstützung auch den Verzicht auf geistiges Eigentumsrecht (medizinische Patentanwendung) seitens der EU umfasst. Wir lehnen eine Festung Europa ab; kein Mensch ist illegal. In Anbetracht der Tatsache, dass Armut die Konfliktursache Nummer eins ist, gilt für uns: Prävention statt Repression!

Mehr Demokratie wagen! Dies soll nicht nur auf der inter-gouvernementalen Ebene geschehen, sondern auch auf der suprastaatlichen: Die Macht des europäischen Parlaments muss gestärkt werden. Wir Jusos fordern eine Umwandlung in ein Zwei-Kammersystem. In Zukunft soll nur das europäische Parlament respektive die europäischen Parteien Vorschlagsrecht zur Wahl einer Kommission bekommen. Sowohl das Parlament als „Haus der Bevölkerung“ als auch der Rat der EU als „Haus der Nationen“ müssen diesem Vorschlag mit absoluter Mehrheit zustimmen. Dadurch wird das europäische Parlament eine wesentliche Machtstellung erhalten, die hoffentlich die bisherige Konsensstrategie aufweichen wird und demgegenüber konkurrenzdemokratische Elemente einführen wird.

Die Kommission, der eigentliche Motor der europäischen Integration, soll sämtliche exekutive Rechte innehaben. Dennoch sollen jeweilige Entscheidungskompetenzen dem Subsidiaritätsprinzip unterworfen werden. Dies beinhaltet sowohl eine Rückverlagerung und Dezentralisierung von Kompetenzen auf regionaler Ebene als auch die Verschiebung von Kernkompetenzen auf die europäische Ebene. Insgesamt sollen die komplizierten Verfahren vereinfacht und für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und transparent gemacht werden. Es soll klar sein: was wird wo von wem entschieden? Nach der Erweiterung ist es illusorisch zu glauben, jedes EU-Land könnte eine Kommissarin bzw. einen Kommissar stellen. Wir fordern eine flexiblere Vorgehensweise, die zwar um Ausgleich bemüht ist, der Effizienz jedoch den Vorzug gibt. Gesetze sollen in Zukunft je nach policy nur vom Parlament als auch von beiden Kammern zustimmungspflichtig sein. Die Außen- und Sicherheitspolitik soll in jedem Fall von der Zustimmung beider Kammern abhängig sein.

Zur europäischen Öffentlichkeit: Das Schlagwort der Europäischen Öffentlichkeit ist gegenwärtig nicht mehr als ein Konstrukt der interessierten Eliten. Wir sind jedoch der Meinung, dass jene skizzierten Reformen verknüpft mit einer europäischen Verfassung einen großen Beitrag zu einer Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit leisten werden. Die Wahl des europäischen Parlaments erlangt dadurch eine wesentliche Bedeutung, da nicht mehr (nur) die nationalen Regierungen die Kommission inthronisieren, sondern der eigentliche Souverän: die europäische Bevölkerung.

Damit würde nicht nur ein Legitimitätsproblem beseitigt werden, sondern auch die Synchronisation des Agenda-Settings erreicht werden können. Wir vermuten, dass jene Synchronisation zu einer wirklichen europäischen Identität unter Berücksichtigung aller nationalen und regionalen Unterschiede führen könnte. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl wird mittelfristig automatisch durch die Medien als Multiplikatoren verstärkt. Die Formierung einer europäischen Friedensbewegung (Irak) weist erste Schritte zu einer gesamteuropäischen Zivilgesellschaft auf. Wie in diesem Fall sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger oftmals progressiver als ihre nationalen Regierungen. Wir unterstützen vehement die Einbindung aller sozialen Gruppen in die europäische Gesellschaft. Die einzelnen Nationalstaaten können helfen, eine Europäisierung zu fördern, indem Aspekte wie Erziehung (Mehrsprachlichkeit, Europäische Geschichte) oder Mobilität verstärkt auf Europa bezogen werden. Jeder EU-Bürger und jede EU-Bürgerin muss die Möglichkeit haben, die englische Sprache zu erlernen. Ebenso soll insbesondere gefördert werden, die Sprachen der unmittelbaren Nachbarländer lernen zu können, um die Kommunikation zu erleichtern.“

Alle diese Vorschläge unterliegen einzig dem Gebot: der Partizipation der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger!

Ausblick: Wir sind der Meinung, dass Europa bereits heute schon über wesentliche identitätsstiftende Merkmale verfügt (z.B. multilaterale Friedensorientierung, Solidarität vor Leis-

tung etc.) Europa muss auch in Zukunft mehr als eine Freihandelszone sein! Wir wollen die politische Integration Europas. Der Sozialstaat kontinentaleuropäischer Prägung muss durch seine Europäisierung gegenüber den aktuellen Krisen und Liberalisierungsversuchen krisenfest gemacht und langfristig erhalten werden. Damit wird die Europäische Union auch ihre Identität festigen können. Dieses Anliegen soll mit der oben skizzierten Demokratisierung verknüpft werden.

Um alle die angestrebten Ziele zu erreichen, darf nicht das zögerlichste Mitglied den Fortgang der europäischen Integration bestimmen: nicht homogen im Gleichschritt, sondern mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten!

Es muss zusammenwachsen, was zusammen gehört!

A 13: Heute schon geGATSt?!

Wir fordern die sächsischen Jusos auf, sich aktiv mit dem Thema GATS auseinanderzusetzen. Wir beteiligen uns mit Aktionen an der bundesweiten Kampagne der Jusos, die die Bevölkerung über die Auswirkungen von GATS auf ihre Lebensbereiche informieren soll.

A 14: Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Sachsen

Einleitung

Die Kommunalpolitik hat für uns Jusos eine große Bedeutung: Vor Ort können wir die von uns angestrebte Rolle als Mittler/in zwischen Interessen aus der Bevölkerung und der Politik am Besten ausfüllen. In den Kommunen haben wir die größten Chancen, dass sich unsere inhaltlichen und organisatorischen Mühen in Erfolge umsetzen lassen. Nicht zuletzt wollen wir Jusos aber auch Nachwuchs in die kommunalen Parlamente entsenden und zur Verjüngung der SPD-Fraktionen beitragen.

Diese Leitlinien verfolgen das Ziel, kommunalpolitische Positionen der sächsischen Jusos zusammenzufassen. Sie sollen unseren Kandidat(inn)en im Kommunalwahlkampf ein mit Inhalten untersetztes Auftreten ermöglichen, Jusos in den kommunalen Parlamenten Orientierung bieten und einen Rahmen für weitere Diskussion darstellen.

Präambel

Vor dem Hintergrund der Globalisierung und Europäisierung wird die Bedeutung der Kommunalpolitik erheblich wachsen. Bund und Länder werden Einfluss einbüßen. Die kommunale Selbstverwaltung muss deshalb entsprechend ausgeweitet werden. Gleichzeitig sind der Selbstverwaltung durch eine ernste kommunale Finanzkrise zur Zeit enge Grenzen gesetzt: Durch geringere Steuereinnahmen und die steigende Zahl an Sozialhilfeempfänger(inne)n bleiben den Kommunen weniger Gestaltungsfreiräume. Die Finanzkrise wird sich ohne eine mutige Gemeindefinanzreform, welche die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden massiv verbessert, absehbar nicht entspannen. Insbesondere für die den Kommunen übertragenen Pflichtaufgaben ist die Finanzierung sicherzustellen. Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ("Wer bestellt, bezahlt.") ist zu gewährleisten.

Wir stellen uns den Herausforderungen der Gegenwart: Die sächsischen Kommunen befinden sich in der schwierigsten finanziellen Situation seit der Wende. Ausgeglichene Haushalte sind nur durch enorme Kraftanstrengungen und Einschnitte möglich. Zum Beispiel ist die Investitionstätigkeit deutlich zurückgegangen, weil die sächsische Staatsregierung die in-

vestiven Schlüsselzuweisungen fortlaufend kürzt. Der Landespolitik muss deshalb in den Kommunen eine starke SPD gegenüber stehen. Durch starke Kommunen soll der Grundstein zur Übernahme von Regierungsverantwortung auf Landesebene gelegt werden.

Ziele sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Lebenswerte Städte und Gemeinden sind Kerninhalt sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die übergeordneten Ziele, denen sozialdemokratische Kommunalpolitik verpflichtet ist, heißen für uns Jusos:

- durch aktive Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben und über Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt Arbeit und Beschäftigung schaffen und vermitteln,
- ein attraktives Lebens- und Wohnumfeld für alle Bürger/innen schaffen,
- Perspektiven für Jugendliche bieten,
- die gleichberechtigte Beteiligung der Bürger/innen an der lokalen Politik,
- insbesondere die stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
- die lokale Demokratie stärken,
- eine bürgernahe Verwaltung,
- den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und sozialer Ausgrenzung entgegenwirken,
- die Integration von Ausländer(inne)n und das Fördern gegenseitigen Verständnisses,
- die Gleichstellung der Geschlechter umsetzen,
- die Umwelt und unsere natürlichen Ressourcen schützen.

Damit all das mit einem soliden Haushalt vereinbar ist, bedarf es in erster Linie einer Förderung der Wirtschaftsentwicklung und des Schaffens von Arbeitsmöglichkeiten. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch alle anderen Bereiche kommunaler Politik sind untrennbar miteinander verbunden. Die Sozialdemokratie ist die politische Kraft, die eine ausgewogene Balance herzustellen vermag.

Lokale Demokratie stärken

Die Vielfalt des Engagements von Bürger(inne)n zeigt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen: Vereine, Verbände, Kirchen, gemeinnützige Organisationen, Freiwilligendienste, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften zeugen davon.

Das freiwillige Engagement lebt Solidarität, schafft Zugehörigkeit und gegenseitiges Vertrauen. Diese Unterstützungsnetzwerke wollen wir im Sinne einer präventiven Politik stärken.

Eine noch stärkere Teilhabe der Bürger/innen in die kommunale Politik trägt zudem zur weiteren Demokratisierung unserer Kommunen bei und die Einbindung der um die Lösung ihrer Probleme bemühten Betroffenen ermöglicht bessere Ergebnisse bei politischen Zielsetzungen. In Zeiten der kommunalen Haushaltskrise können die Bürger/innen aber auch den kommunalen Haushalt entlasten, weil sie eigene Ressourcen einbringen und auch selbst gestaltete Angebote eine große Akzeptanz erfahren.

Deshalb sprechen wir uns für das Leitbild der "Bürgerkommune" aus, das die Teilhabe von einzelnen Bürger(inne)n, Vereinen, Initiativen und Verbänden als Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik versteht. Bürger/innen sind demnach nicht mehr nur Adressat(inn)en von Leistungen, sondern Mitgestalter/innen des Gemeinwesens. Öffentliche Aufgaben und Leistungen sollen weitgehend gemeinsam mit den Bürger(inne)n gestaltet werden. Beispielge-

bend ist das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" von 1996, in dem die Beteiligung von Bürger(inne)n fest vorgeschrieben ist.

Wenn in Planungsprozessen Raum für demokratische Teilhabe und Einfluss auf das Ergebnis gegeben wird, können Bürger/innen als Auftraggeber/innen in der Planungsphase mitarbeiten: durch Bürgerforen, Planungszellen, Mediationsverfahren, Beiräte usw. Planungsverfahren können so beschleunigt, Entscheidungsblockaden abgebaut und eine höhere Akzeptanz von Angeboten erreicht werden.

Bürger/innen können als Mitgestalter/innen Aufgaben übernehmen: durch Selbstverwaltung (von z. B. Jugendklubs oder durch Patenschaften für z. B. Kinderspielplätzen), Selbstorganisation (z. B. in Sportvereinen) und Selbsthilfe.

Als Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligung müssen unterstützende und fördernde Voraussetzungen geschaffen werden - aktive Bürger/innen brauchen eine aktivierende Kommunalpolitik:

- Transparenz über Planungs- und Entscheidungsprozesse ist Grundvoraussetzung für Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger/innen.
- Beteiligungsangebote der Verwaltungen sind dann überzeugend, wenn sie die bekannten Probleme der Beteiligung berücksichtigen: Motivation, Zeit- und Informationsmangel. Sie können am Eigeninteresse der Betroffenen ansetzen.
- Die Kommunen sollen Beratungs- und Informationsangebote für Bürger/innen zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger(inne)n zur erleichtern. Beispielsweise kann eine politikfeldübergreifende Koordination der Beteiligung durch "Lotsen" und feste Ansprechpartner/innen in der Verwaltung die für Bürger/innen unverständliche "Ämterrallye" ablösen.
- Artikulationsschwache Gruppen in der Bevölkerung müssen besonders unterstützt werden, um ihre Interessen berücksichtigen zu können.
- Ehrenamtliche Arbeit soll durch die Kommunen anerkannt werden. Neben öffentlichen Ehrungen wollen wir eine Ehrenamts-Karte mit Vergünstigungen bei kommunalen Angeboten und der privaten Wirtschaft einführen. Wir wollen Organisationen von Freiwilligen und Freiwilligendienste besonders fördern.

Kinder und Jugend, MACHT!

Wir wollen Angebote für Kinder und Jugendliche ausbauen, die ihre Eigeninitiative wecken ihre Umwelt mitzugestalten. Gerade in der Kommunalpolitik sind mit überschaubaren Aktionsfeldern und greifbaren Ergebnissen vielfältige Möglichkeiten für Mitbestimmung gegeben.

Die gewählten Beteiligungsformen müssen der Arbeitsweise und dem Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen angepasst sein. Ein stark projektorientiertes und themenzentriertes Arbeiten kommt dem Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entgegen. Sie müssen im Prozess mit ihren Vorstellungen und Ideen ein gleichwertiger mündiger Partner sein. Unser Ziel ist darauf hin zu wirken, dass sich flächendeckende und kontinuierliche Mitwirkungen in Form von wohnortbezogenen Kinder- und Jugendforen entwickeln können. Mit solchen Angeboten sollen möglichst viele Kinder und Jugendliche erreicht werden, unabhängig von ihrem sozialen Umfeld, der Schulform, die sie besuchen, ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht.

Wir wollen, dass Beteiligungsformen personell und pädagogisch, aber auch finanziell unterstützt werden. Beteiligungsmodelle für Kinder und Jugendliche sind ohne eine stetige Unterstützung seitens der Verwaltung in der Regel kaum überlebensfähig - dabei muss aber eine Dominanz von Erwachsenen in den Gremien und Arbeitsgruppen der Jugendlichen vermieden werden. Eine pädagogische Begleitperson, die sich in inhaltlichen Fragen weitgehend zurückhält, soll dafür sorgen, dass sich eine demokratische Struktur entwickeln kann und

dass eine möglichst breite Schicht der Kinder und Jugendlichen erreicht und mit eingebunden wird. Außerdem fungiert sie als Mittlerin zwischen Verwaltung und Kommunalparlament einerseits und den Kindern und Jugendlichen andererseits.

Formen der Eigeninitiative und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollen durch die Parlamente mit Kompetenzen der Mitbestimmung ausgestattet werden. Den Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, mit den Jugendhilfeausschüssen (JHA) eng zusammen zu arbeiten. Ein ständiger Sitz ist aber keine Garantie für eine wirklich Beteiligung, da die oft langatmigen Sitzungen eher abschreckend wirken. Hier müssen neue Wege und Methoden gefunden werden, die stark auf den persönlichen Kontakt zwischen den Jugendlichen und Mitgliedern des Ausschusses setzen.

Wir wollen in ganz Sachsen die Kinderfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in allen Ämtern durchzusetzen. Alle relevanten Entscheidungen sollen einer Kinderfreundlichkeitsprüfung unterzogen werden.

Perspektiven für Jugendliche

Jugendliche brauchen eine Perspektive. Sie sollen möglichst vor Ort eine gute Bildung und Ausbildung erhalten, einen sicheren Arbeitsplatz finden und in einem hochwertigen sozialen und kulturellen Umfeld leben können. Dafür treten wir ein.

Damit die sächsischen Kommunen für alle Bürger/innen lebenswert bleiben, müssen sie ihnen berufliche Perspektiven bieten. Dies gilt gerade für junge Menschen, deren Lebensperspektiven und Selbstwertgefühl stark von beruflichen Chancen, d.h. in vielen Fällen von einer guten beruflichen Ausbildung, abhängt. Die Situation auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt ist, wie in den gesamten neuen Bundesländern, stark verbesserungsbedürftig.

Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel und ihre Bekämpfung sind auch in Sachsen Themen von großer Wichtigkeit. Die Thematik ist eng mit Perspektivlosigkeit, Frustration und Abwanderung aus den neuen Bundesländern verknüpft. Aber auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Sachsen hängt davon ab Jugendliche in die Arbeitswelt einzubinden. Denn ab 2010 werden wesentlich mehr Fachkräfte verrentet als neue in den Arbeitsmarkt einsteigen. Dies kann zu einem für die Wirtschaft verheerenden Unterangebot an Fachkräften führen.

Wir wollen, dass die Jugendlichen, die derzeit auf Ausbildungssuche in Sachsen sind, mit ihrem Problem nicht alleine gelassen werden. Ziel muss es sein, möglichst jedem Jugendlichen ein Angebot machen zu können, das ihr/ihm eine Chance auf einen Berufsabschluss und damit auf einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet. Besonders wichtig ist hierbei die Förderung von Neuansiedlungen mittelständischer Betriebe und die damit verbundenen neu entstehenden Ausbildungsplätze. Aber auch der Erhalt von Arbeitsplätzen hat hohe Priorität.

Darüber hinaus müssen zur Entspannung der Lage alle Beteiligten - also Kommune, Arbeitsamt, Kammern, Gewerkschaften und freie Träger - möglichst eng kooperieren und ihre Kompetenzen bündeln, um die knappen Ressourcen effizient einsetzen zu können.

Auch die Schaffung von (zum Beispiel durch Jump Plus) staatlich geförderten, auf fünf Jahre befristeten Arbeitsplätzen im sozialen, kulturellen, ökologischen oder infrastrukturellen Bereich können hier Möglichkeiten eröffnen². Ziel muss sein, möglichst wenige Jugendliche in vollzeitschulischen Warteschleifen, wie zum Beispiel dem Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ),

² Beispielsweise das Co-Worker-Modell, bei dem die arbeitslosen Jugendlichen einem bestehenden Arbeitsplatz zugeordnet sind, ergänzt durch Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

unterbringen zu müssen, die die Jugendlichen oft als persönliche Niederlage und Abwertung empfinden. Um möglichst vielen Jugendlichen einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu ermöglichen, unterstützen wir die Ausbildungsplatzumlage, die es gerade finanzschwachen mittelständischen Betrieben in Ostdeutschland ermöglicht, wieder mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Im Umgang mit den betroffenen Jugendlichen ist das Prinzip Fördern und Fordern anzuwenden. Dabei gilt: Beide Aspekte müssen gegeben sein, d.h. man kann nicht nur Leistungen und Engagement von den jungen Erwachsenen fordern, man muss ihnen im Gegenzug auch Perspektiven bieten und Hilfsangebote machen. Wichtig ist uns dabei die direkte und individuelle Ansprache und Betreuung der betroffenen Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit³ bedroht sind.

Mit einer erfolgreichen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden auch ihre Langzeitfolgen abgemildert. Diese sind nicht nur individuelle Perspektivlosigkeit, verbunden mit Schwarzarbeit, Kriminalität und Drogenkarrieren, sondern auch hohe Folgekosten für die Kommunen.

Nicht kürzen bei den Kurzen

In Sachsen ist das Angebot an Kinderbetreuung in Krippen, Kitas und Horten bislang *relativ* gut gewährleistet, *dies wollen wir weiter ausbauen..* Dies wollen wir beibehalten. Denn es ermöglicht Eltern, und insbesondere Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - ein für viele Firmen attraktiver Standortvorteil. Die Öffnungszeiten sollen deshalb den Bedürfnissen von berufstätigen Eltern entgegenkommen. Da Kinderbetreuung eine Pflichtaufgabe der Kommune ist, muss eine ausreichende, bedarfsgerechte Finanzierung seitens des Freistaates gewährleistet werden. Dies ist derzeit nicht der Fall.

In Krippen, Kindergärten und Horten findet neben der Betreuung aber auch Bildung und Erziehung statt. Deshalb sollen alle Kinder - unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern - die Betreuungsmöglichkeiten in vollem Umfang nutzen können. Zugangskriterien lehnen wir ab. Das letzte Kindergartenjahr soll als Vorschule kostenfrei gestaltet werden und in eine flexible Schuleingangsphase münden".

Die nötige Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit wollen wir perspektivisch durch die Ausbildung der Erzieher/innen in einem Hochschulstudium wie in den skandinavischen Ländern gewährleisten. Die Chance verpflichtender Fortbildungen zu pädagogischen und psychologischen Themen sollte schon jetzt genutzt und ausgebaut werden. Der Anteil der Männer unter den Erzieher(inne)n muss deutlich gesteigert werden, um den betreuten Kindern auch männliche Vorbilder zur Verfügung zu stellen und Rollenzuschreibungen aufzubrechen. Private Initiativen von Eltern und freie Träger von Kitas sind zu unterstützen, denn sie sorgen für ein vielseitiges Angebot.

Eine Konzentration auf "Tagesmütter" lehnen wir ab. Denn schlecht bezahlte und ungenügend ausgebildete Betreuer/innen können die Standards von Kitas - bei der Qualität der Kinderbetreuung und den Arbeitsbedingungen - nicht ersetzen, zudem bleiben für die Eltern Risiken bei krankheitsbedingtem Ausfall.

Schulen sind Lebensraum für die Schüler/innen und Lehrer/innen. Sie können als sozialer und kultureller Mittelpunkt der Wohnumfelde verschiedene soziale Milieus sowie Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen integrieren. Wir befürworten deswegen ein ausreichendes Angebot an Ganztagschulen, die Möglichkeiten bieten, Schule mit den gesellschaftlichen Bereichen (wie Theatergruppen und Sportvereinen) und Projektarbeiten unter Einbeziehung

³ länger als drei Monate

des Wohngebietes zu verknüpfen. Schulschließungen sind, wo immer möglich, zu vermeiden.

Mobil, Schön, Umweltfreundlich - Verkehr

Wir wollen, dass die Bürger/innen der sächsischen Kommunen mobil sein können und das Verkehrsnetz dabei hohen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Ansprüchen genügt.

Dazu befürworten wir, in den Städten weiterhin ökologische Transportwege wie Fahrrad, Fußwege und den öffentlichen Personennahverkehr besonders zu fördern. Diese sind nicht nur umweltschonend und weniger lärmintensiv, sie sind auch für alle Bürger/innen - insbesondere sozial Schwache, Junge und Alte - verfügbar. Insbesondere die Radwegesysteme müssen weiter ausgebaut werden. Dazu sollen auch Fahrradparkplätze an zentralen Plätzen und überdachte Fahrradparkhäuser beitragen. Für die Planungen von Großveranstaltungen fordern wir eine Konzeption, die auch das Fahrrad als wichtiges Transportmittel mit einbezieht.⁴

Der weitere Ausbau von Tangenten und Ringsystemen soll zu einer Entlastung von motorisiertem Verkehr in Wohngebieten führen. Um die Lärmbelastung der Bürger/innen weiter zu verringern, befürworten wir einen Ausbau der 30km/h-Zonen in Wohngebieten und den verstärkten Einsatz von lärminderndem Straßenbelag.

Sächsische Kommunen - Na, aber sicher!

Die sächsischen Bürger/innen sollen sich mit ihren Kommunen identifizieren können, sich hier zu Hause und sicher fühlen. Wir wollen sozialer Ausgrenzung, Kriminalität und Vandalismus vorrangig mit präventiven Maßnahmen entgegenen. Familien, Nachbarschaften, Vereine und Initiativen sollen motiviert werden, als soziales Netz zu wirken, noch bevor Menschen zu "Fällen" für staatliche Hilfe oder gar Strafverfolgung werden.

Gegen Drogenkarrieren und die damit verbundene Kriminalität hilft neben der Bekämpfung der Schwarzmärkte eine gezielte Aufklärung auf Augenhöhe in allen Schularten und Freizeiteinrichtungen. Insbesondere fordern wir eine zielgruppenorientierte Aufklärung der besonders gefährdeten Gruppe der zehn- bis 15-Jährigen über die Risiken von illegalen Drogen, besonders Heroin und Partydrogen, aber auch von legalen Drogen wie Alkohol und Zigaretten.

Weltoffene Kommunen ohne Rassismus und Ausgrenzung

Die sächsischen Kommunen werden durch die Internationalität ihrer Bewohner/innen kulturell und sozial bereichert. Die Zugewanderten sollen sich bei uns wohl und sicher fühlen. Dies gilt zum Beispiel für die vielen ausländischen Studierenden, die den guten Ruf der Hochschulstädte in die ganze Welt tragen.

Wir wollen Diskriminierungen bekämpfen, Vorurteile abbauen und entschieden gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen. Interkulturelle Begegnungen, Aufklärungs- und Bildungsprojekte, wie Schulprojekte, und das Engagement vieler Bürger/innen gegen Rechtsextremismus wollen wir weiter unterstützen.

Ausländische Neu-Bürger/innen sollen in einem toleranten Klima des gegenseitigen Verständnisses integriert und eingebürgert werden. Dazu müssen insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integration von Ausländer(inne)n gefördert werden. Wir wollen,

⁴ z.B. Fahrradverleihstationen und Fahrradparkplätze

dass die Integrationsbereitschaft durch ausreichende und zielgruppengerechte Angebote, z. B. Deutschkurse, gefördert wird.

Ghettoisierung, wie durch Asylbewerberheime oder Aussiedlerblöcke, verhindert die Integration von Migrantinnen und Migranten. Menschen mit anderen ethnischen Hintergründen gehören in die Mitte der Gesellschaft und damit auch in die Mitte unserer Städte und Gemeinden.

Kultur hat viele Gesichter

Eine reiche und kreative Kulturlandschaft in den sächsischen Kommunen schafft Identifikation mit den Kommunen und Räume zum kreativen Gestalten und Erleben von Kunst und zur Kommunikation zwischen den Bürger(inne)n jenseits von ökonomischen Zwängen. Kulturpolitik leistet deswegen auch für die Sozial-, die Stadtentwicklungs- und die lokale Bildungspolitik wichtige Beiträge.

Die Kulturinstitutionen, Opern, Konzerte und Ausstellungen spielen eine wichtige Rolle beim Erleben von Kunst in all ihren Formen und zur Integration von Bürger(inne)n sowie von ausländischen Mitmenschen.

Wichtig ist daher einerseits die Erhaltung der "Hochkultur" - wie Opern, Schauspielhäusern und Museen. Unsere Kommunen dürfen sich aber nicht nur auf die bekannten kulturellen "Leuchttürme" beschränken. Deshalb wollen wir andererseits auch eine vielfältige Freie Kultur fördern, die besonders jungen Künstler(inne)n eine Bühne bietet. Das ist uns deshalb besonders wichtig, weil die Lebensqualität der sächsischen Kommunen für Jugendliche auch davon abhängt, wie hier junge Menschen ihre Auffassungen von neuen Kulturformen verwirklichen können. Ihnen müssen weiterhin Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre Ideen und Projekte experimentell umzusetzen. Die Kulturämter sollen den Bürger(inne)n bei der Selbstorganisation von Kultur hilfreich zur Seite stehen.

Aber auch in den Wohngebieten selbst, in denen die Jugendlichen wohnen und leben, soll es kulturelle und Freizeitangebote geben, die es für Jugendliche attraktiv macht in ihren Heimatregionen zu bleiben. Junge Menschen sollen ermutigt werden, in ihrer Freizeit kulturelle Projekte anzugehen. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und die Stärkung von soziokulturellen Zentren und von gut ausgestatteten Bibliotheken ein. Dadurch werden für die Jugendlichen Angebote zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geboten und Eigeninitiative geweckt.

Packen wir's an - Jusos in die Räte!

"Wir wollen die politische Kultur in den Räten beleben. (...) Der Anspruch der SPD als Volkspartei bemisst sich auch daran, dass mehr Jüngere in den sozialdemokratischen Fraktionen mitarbeiten."

(Kommunalpolitische Leitsätze der SPD,
Beschluss des SPD-Bundesparteitages in Nürnberg vom 21. November 2001, S. 6)

Wir sächsischen Jusos werden mit der inhaltlichen Grundlage dieser Leitlinien mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2004 antreten. Wir fordern von der SPD die Unterstützung unserer Kandidat(inn)en für aussichtsreiche Listenplätze und wollen im Wahlkampf selbstbewusst um die Stimmen der Wähler/innen werben.

A 15: Absenken der Altersgrenze für Juso-Mitmacher/innen auf 12 Jahre

Die sächsischen Jusos bringen zum Juso-Bundeskongress im Juni 2004 einen Antrag ein, der das Absenken der Altersgrenze für Juso-Mitmacher/innen von 14 auf 12 Jahre vorsieht. Damit soll erreicht werden, dass aktive Jusos ab 12 Jahren das aktive und passive Stimmrecht bei den Jusos erwerben.

Die Mitgliedschaft in der SPD soll weiterhin erst ab 14 Jahren möglich sein.

Im Antrag ist zu regeln, wie die Zustimmung der Erziehungsberechtigten erfolgen kann, die nach Gesetzeslage bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres notwendig ist.

A 16: Abschluss der LDK

Die Landesdelegiertenkonferenz wird mit dem Singen der Internationalen beendet. Der neu gewählte Landesvorstand stimmt die Internationale an.

A 25: Aus Unkenntnis wächst Angst – Unser Europa

Wir Jusos Sachsen fordern vom SPD-Landesverband, der SPD-Landtagsfraktion und unseren Kandidaten/innen zur Europawahl eine deutlichere Darstellung der Auswirkungen und Chancen der EU-Osterweiterung für die Menschen. Für einen Großteil der sächsischen Bürgerinnen und Bürger ist es nicht klar, in welchem Umfang sich der Beitritt im nächsten Jahr vollzieht und welche Konsequenzen daraus folgen.

Wir fordern eine Kampagne des SPD-Landesverbandes mit Unterstützung der sächsischen Jusos zur kommenden und Sachsen direkt betreffenden Erweiterungsrunde der EU. Im Rahmen von Plakaten, Aktionen, Vortragsreihen und anderen Veranstaltungsarten sollen unter einem landesweit erkennbaren Motto EU-Politik und Erweiterungs“problematik“ bürgernah präsentiert und der SPD somit eine inhaltliche und zukunftssträchtige Plattform gegeben werden.

A 26: Verständnis durch Verstehen!

Wir Jusos Sachsen fordern von der sächsischen Landesregierung eine stärkere Zusammenarbeit mit Staaten Mittel- und Osteuropas. Die Grundlage dafür ist die Entwicklung von gegenseitigem Verständnis. Verständnis setzt Verstehen voraus.

Die Erweiterung muss eine Erweiterung der Menschen werden – wir müssen sie befähigen, mit einander zu sprechen.

Aus diesem Grund fordern wir somit die Einführung von Tschechisch- und Polnischunterricht an allen Schulen der Sekundarstufe. „Mindestens eine dieser Sprachen soll im Rahmen des *wahlobligatorischen Fremdsprachenunterrichtes* an jeder Schule angeboten werden.“ Wir fordern die sächsische Landtagsfraktion auf, dem entsprechende parlamentarische Initiativen auf den Weg zu bringen.

A 27: Dürgei gehörd nei!

Wir Jusos Sachsen begrüßen ausdrücklich die positiven Bemühungen und Entwicklungen in der Türkei. Bei Intensivierung der Anstrengungen und Einhaltung der „Kopenhagener Kriterien“ unterstützen wir einen schnellstmöglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

I 1: Beschlussprotokoll der LDK

Der Landesvorstand wird wie folgt beauftragt:

Beginnend mit dieser LDK werden spätestens 14 Tage nach Ende der Konferenz alle LDK-Anträge in der beschlossenen Form in einem Beschlussbuch zusammengefasst und im öffentlichen Bereich der Internetseite www.jusos-sachsen.de zum Download als pdf-Datei eingestellt.

I 2: Entfristung des Plans zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei den Jusos Sachsen

Die Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei den sächsischen Jusos, die im vergangenen Jahr bei der LDK beantragt und - wegen Verweisen des Antrages - vom Landesausschuss beschlossen wurden, werden entfristet.

Demnach ist der Vorstand der Jusos Sachsen vorerst dauerhaft verpflichtet folgende Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter durchzuführen und darüber jährlich Rechenschaft abzulegen:

Die Jusos Sachsen handeln nach dem Prinzip des *Gender Mainstreaming* in dem Sinne, dass die Frage der Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikfeldern und Tätigkeitsfeldern der Jusos Sachsen mit bedacht wird. D.h. alle Tätigkeiten und Beschlüsse werden auf ihren Einfluss auf das Geschlechterverhältnis hin überprüft.

Als konkrete Maßnahmen im Rahmen des Prinzips des *Gender Mainstreaming* werden in Angriff genommen:

1. Eine Erhebung zur momentanen Situation der Gleichstellung bei den Jusos Sachsen, durch die Entwicklungen erkennbar und bewertbar werden. Fragestellungen der Erhebungen sollen sein:
 - die Anzahl der Männer bzw. Frauen bei den Jusos Sachsen,
 - die Anzahl aktiver Frauen bzw. Männer
 - die Beteiligung von Männer und Frauen bei bestimmten Tätigkeitsfeldern bzw. Themenfeldern

Dies soll auch unter den Aspekten Alter und Wohnort (Stadt/Land) betrachtet werden.

2. Den Unterbezirken wird, wenn große Diskrepanzen bei der Erhebung hervortreten, Hilfe angeboten. Dazu erstellt der Landesvorstand eine Ideensammlung mit konkreten Maßnahmen.
3. Die Unterbezirke werden angehalten, Neumitglieder und Interessierte individuell nach ihren Interessen zu fördern und zu fordern.
4. Die Landesvorstandsmitglieder und Unterbezirkvorsitzenden erhalten ein Gendertraining, welches auf die Anforderungen eines politischen Jugendverbandes zugeschnitten ist.
5. Es werden offene Diskussionen zu den Themen Sexismus, Quote, quotierte Redeliste und Gleichstellungspolitik bei den Jusos Sachsen initiiert. Dazu wird eine Landesdelegiertenkonferenz mit einem Schwerpunktthema Gender abgehalten, die keine Wahl-LDK sein darf.
6. Die Zusammenarbeit mit politischen lesbischwulen Initiativen wird forciert.

Dieser Gleichstellungsplan kann nur von einer Landesdelegiertenkonferenz verändert oder aufgehoben werden.

I 4:

Die Juso Sachsen fordern die CDU-Bundestagsfraktion auf, Henry Nitzsche aus der Bundestagsfraktion auszuschließen.

Die Jusos Sachsen fordern die CDU Sachsen auf, gegen Henry Nitzsche ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten.